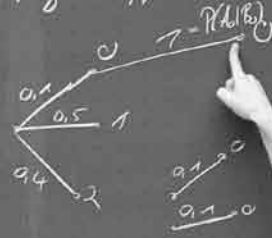


$$P(A_c | A_j) \stackrel{a) + b)}{=} \frac{\frac{RS}{N(N-1)}}{\frac{S}{N}} = \frac{R}{N-1}$$

$$P(A_c^c | A_j) = \frac{S}{N-1}$$

14



Lebensraum Hochschule

DDS

Zeitschrift
der Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Bayern

Oktober
2012

Arbeitsplatz Hochschule

- 3 Von der Notwendigkeit einer strategischen Perspektive**
Gewerkschaftliche Studierendenarbeit an Hochschulen
von Stefanie Geyer
- 5 AK Gewerkschaften an der Uni Regensburg und die Kampagne »Studentische Hilfskräfte«**
von Jan Wurdak, Fedor Tkatschenko und Jan Bundesmann
- 7 AStA in Bayern – Zeit wird's!**
von David Vogelbacher
- 9 Bildungsstreik in der Krise**
Gewerkschaftliche Perspektiven für eine vorerst gescheiterte Protestbewegung
von Oskar Fischer
- 11 Prekäre Arbeitsverträge an Hochschulen**
Praxisbericht mit Möglichkeiten der Gegenwehr aus Bayern und/oder anderen Bundesländern
von Doris Aschenbrenner
- 13 Sie sind der Meinung, das ist Spitze?**
Kritische Anmerkungen zu aktuellen Rahmenbedingungen für Forschung in Deutschland
von Elke Oestreicher und Prof. Dr. Sabine Pankofer
- 15 Von Templin nach Herrsching**
6. Wissenschaftskonferenz der GEW tagte in Bayern
von Karin Just
- 16 Pflege dual – der Weg in die Akademisierung der Pflegeberufe**
von Prof. Dr. phil. Dipl.-Psych. Bernd Reuschenbach
- 18 »... den strengen Regelungen entfliehen«**
Die Ludwig-Maximilians-Universität München gibt Anleitungen für Lohndumping
von Dr. Wolfgang Häberle
- 20 Hochschulen als »Handlungsinstrumente« der Politik**
Warum die Zivilklausel unerlässlich ist für demokratische Forschung und Lehre
von Renate Bayer

Was es sonst noch gibt

- 22 Irgendjemand zu Hause?**
Das Kultusministerium überlässt die Schulen dem Chaos
von Anna Forstner
- 24 Erlesenes**
Nicht weiter Neo-, sondern Ordoliberalismus

Rubriken

- 24 Dies und Das**
- 26 Veranstaltungen, Glückwünsche und Dank**
- 28 Kontakte**

**Telefonische Sprechzeiten der GEW-Rechtsstelle
mit Beratung für GEW-Mitglieder:
Mo und Do von 13.00 - 16.00 Uhr
Tel.: 0 89-54 37 99 59
Bitte Mitgliedsnummer bereithalten!**

Ab _____ gilt folgende Änderung (meiner Adresse, Bankverbindung, Eingruppierung, Beschäftigungsart, Teilzeit, Erziehungsurlaub, Arbeitsstelle, GEW-Funktion ...)

Name:

Mitgliedsnummer:

Änderung:

Bitte zurück an GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München
Grundsatz aller Gewerkschaften: Wer weniger verdient, zahlt weniger Beitrag (wenn es uns mitgeteilt wird!). Wer unter dem satzungsgemäßen Beitrag liegt, verliert seinen gewerkschaftlichen Rechtsschutz!

Hochschule und Reichtum? Das ist erst einmal keine Verbindung, die einem spontan einfällt. Eher denkt man beim Blick auf die überfüllten Hörsäle an Begriffe wie »Unterfinanzierung«. Und die vielen prekären Arbeitsverhältnisse an den Hochschulen lassen eher Armut als Perspektive befürchten. Trotzdem spielt Reichtum auch für Hochschulen eine zunehmende Rolle, und zwar so: Der Entwurf des Armuts- und Reichtumsberichtes der Bundesregierung konstatiert eine wachsende Umverteilung zugunsten der Reichen in diesem Lande. Das private Nettovermögen hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt. 53 Prozent davon gehören den obersten zehn Prozent – mit verschärfter Konzentration auf die obersten fünf Prozent. Die untere Hälfte der Bevölkerung teilt sich ein Prozent. Und der Staat wird ärmer und ärmer. Sein Nettovermögen ist im gleichen Zeitraum, in dem der private Reichtum sich auf 10 Billionen Euro verdoppelte, um 800 Milliarden Euro zurückgegangen. Das logische Ansinnen, die Reichen könnten mehr zur staatlichen Finanzierung beitragen, weist die Bundesregierung allerdings umgehend zurück. Es gehe als Schlussfolgerung aus dem Armuts- und Reichtumsbericht »ausschließlich und allein um das Thema der gesellschaftlichen Verantwortung und des Engagements im Rahmen von freiwilligen Spenden- und Stiftertätigkeiten« (www.tagesspiegel.de v. 20.9.2012). Womit sich der Kreis zum Thema Hochschule und Reichtum schließt. Hochschulen sollen sich gemäß den Vorstellungen der Bundesregierung immer mehr aus dem privaten Reichtum jener finanzieren, die durch politische Entscheidungen zur Finanzierung des Staates immer weniger beitragen müssen. Auf freiwilliger Basis, versteht sich! »Dank der privaten Finanzierung ist es möglich, unbürokratisch und frei von staatlichen Vorgaben zu handeln«, freut sich deshalb auch der »Stifterverband für die deutsche Wissenschaft«, der eine Gemeinschaftsaktion der deutschen Wirtschaft ist. Diejenigen, die warnen, dadurch könnten eben jene Kreise noch mehr inhaltlichen Einfluss auf Forschung und Lehre erhalten, werden als »IdeologInnen« verunglimpft. Mit diesem Vorwurf muss auch die GEW leben. Wir warnen weiter!

Karin Just

Vorstandswahlen FG Sozialpädagogische Berufe: KandidatInnen gesucht!

Die Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe der GEW Bayern muss dieses Jahr einen neuen Vorstand wählen.

Der langjährige Vorsitzende Wolfgang Nördlinger wird nicht mehr antreten.

Geeignete und interessierte Mitglieder werden gebeten, sich an den Kollegen Nördlinger (w.noerdlinger@kabelmail.de)

oder das Sozialpädagogische Büro in Nürnberg (Tel.: 09 11-28 92 04 oder sozpaed@gew-bayern.de) zu wenden. Gerne führen wir vorab ein Gespräch über Aufgaben und Erwartungen.

Die Wahl ist für den 17. November 2012 geplant.

Impressum:

DDS • Die Demokratische Schule • **Herausgeber:** Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) im DGB, Landesverband Bayern, Geschäftsstelle: Schwanthalerstr. 64, 80336 München, ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 • E-Mail: info@gew-bayern.de • www.gew-bayern.de

Redaktionsleiterin: Karin Just, Kidlerstr. 41, 81371 München ☎ 0 89-51 00 91 02 oder über die Geschäftsstelle der GEW erreichbar ☎ 0 89-5 44 08 10 • Fax: 0 89-5 38 94 87 E-Mail: Karin.Just@gew-bayern.de

Redaktionelle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter: Verena Escherich, Wolfgang Häberle, Hannes Henjes, Petra Nalenz, Gele Neubäcker, Ute Schmitt, Schorsch Tillmann, Dorothea Weniger, Wolfram Witte

Gestaltung: Karin Just

Bildnachweis: (soweit nicht beim Foto berücksichtigt): Titel: imago/Rainer Unkel
Druck: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München ☎ 0 89-5 02 99 94

Anzeigenannahme: über die Redaktionsleitung

Anzeigenverwaltung: Druckwerk GmbH, Schwanthalerstr. 139, 80339 München

☎ 0 89-5 02 99 94, E-Mail: team@druckwerk-muenchen.de

Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 12 vom 1.1.2003 gültig.

Mit Namen oder Namenszeichen gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung der betreffenden VerfasserInnen dar und bedeuten nicht ohne Weiteres eine Stellungnahme der GEW Bayern oder der Redaktion. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen. Bei allen Veröffentlichungen behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Der Bezugspreis ist für GEW-Mitglieder des Landesverbandes Bayern im Mitgliedsbeitrag inbegriffen. Der Bezugspreis für Nichtmitglieder beträgt jährlich 21 EUR zuzüglich Porto, der Preis der Einzelnummer 2,50 EUR zuzüglich Porto.

Die DDS erscheint monatlich mit Ausnahme der Monate Januar und August.

Adressenänderung: Ummeldungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der GEW.

Redaktions- und Anzeigenschluss: jeweils am 6. des Vormonats.

Von der Notwendigkeit einer strategischen Perspektive

Gewerkschaftliche Studierendenarbeit an Hochschulen

Die Hochschulen platzen aus allen Nähten. Seit Jahren beobachten wir einen kontinuierlichen Anstieg der StudienanfängerInnen. Zuletzt nahmen 46 % eines Altersjahrganges ein Studium auf. So büffeln derzeit rund 2,2 Millionen Studierende bundesweit. Das sind rund ein Drittel mehr als noch vor 20 Jahren. Gleichzeitig verändert sich die Beschäftigtenstruktur in den Betrieben. Der Anteil Beschäftigter mit Hochschulabschluss nimmt stetig zu. Vor diesem Hintergrund gewinnt die Studierendenarbeit – neben der Ansprache von Auszubildenden im Betrieb und in der Berufsschule – für zukunftsfähige Gewerkschaften eine wachsende Bedeutung.

Gewerkschaftliche Kompetenzen während des Studiums

Zwei Drittel aller Studierenden müssen aufgrund mangelnder staatlicher Studienfinanzierung neben ihrem Studium einer Erwerbsarbeit nachgehen. Die meisten von ihnen sind auf das Geld angewiesen, das sie in diesen Jobs verdienen. Sie sind demnach Studierende und gleichzeitig ArbeitnehmerInnen. Zudem sehen nahezu alle Studienordnungen Praktika vor. Diese sind oft nicht oder sehr schlecht bezahlt. Studierende brauchen also auch während ihres Studiums bereits gewerkschaftliche Unterstützung. Und Gewerkschaften haben Instrumente, um diese Unterstützung zu leisten. Ihre Tarifverträge gelten ebenso für Studierende, wenn diese Gewerkschaftsmitglieder sind. Arbeitsrechtlich sind arbeitende Studierende ArbeitnehmerInnen wie alle anderen auch. Sie haben Fragen und Probleme – egal ob als studentische Beschäftigte an der Hochschule, an der Kasse im Supermarkt oder als Bedienung im Café.

Eine besondere Form des Verdienstes bringt das duale Studium mit sich. Studierende, die ein duales Studium absolvieren, arbeiten gleichzeitig fest angestellt in einem Betrieb. Bei einigen hat diese Arbeit den Charakter eines Praktikums, andere absolvieren parallel zum Studium eine Ausbildung, Dritte haben die Berufsausbildung bereits abgeschlossen und absolvieren das Studium berufsbegleitend. In einem dualen Studium wird viel verlangt. Gewerk-



Foto: imago/Bernd Friedel

schaften haben hier die Aufgabe, zum Schutze ihrer Mitglieder vernünftige Grenzen zu ziehen.

Gewerkschaftliche Angebote an der Hochschule und im Betrieb

Gerade für Studierende, die aus einem akademischen Elternhaus kommen, sind Gewerkschaften häufig kein selbstverständlicher Ansprechpartner. Ihr gewerkschaftlicher Organisationsgrad ist noch gering – aber im Aufwärtstrend: Rund 40.000 Studierende sind Mitglied einer DGB-Gewerkschaft. An den Hochschulen wartet also ein schlummerndes Potenzial, das angesichts der veränderten Beschäftigtenstruktur in den Betrieben als Chance gesehen werden muss. Es muss darum gehen, neue Mitglieder dauerhaft zu gewinnen, zu aktivieren und zu halten.

Zehn Jahre »students@work«

Die DGB-Gewerkschaften sind sich dieser Herausforderungen bewusst. Vor zehn Jahren starteten sie unter ih-

rem Dachverband das Projekt »students@work«, das mittlerweile in die Regularbeit übergegangen ist. Es wurde ein qualitativ hochwertiger Beratungsservice für Studierende, die erwerbstätig sind oder ein Praktikum machen, geschaffen. Online können sich Studierende in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen in einem Forum persönlich beraten lassen und sich auf vielfältigen Infos rund um Sozialversicherungsstatus und Kündigungsschutz bis hin zur richtigen Studienwahl informieren. Nach einem Jahrzehnt Laufzeit ist »students@work« anerkannt und etabliert. Neben den Online-Angeboten gibt es auch Vor-Ort-Aktivitäten, die zu einer spürbaren Präsenz der Gewerkschaften an den Hochschulen geführt haben. An über 50 Hochschulstandorten existieren inzwischen Hochschulinformationsbüros (HiBs) oder Campus Offices (COs). Dort beraten gewerkschaftlich engagierte und geschulte Studierende in Fragen des Arbeits- und Sozialrechts.

Neben den Beratungs- und Informationsangeboten in den HiBs und COs finden auch viele Veranstaltungen und politische Aktionen im Rahmen der gewerkschaftlichen Studierendenarbeit statt. Elemente des Organizing, Campus-Touren und andere Ansätze in der Arbeit der HiBs und COs spielen eine zunehmende Rolle. An vielen Hochschulen bildeten sich zudem gewerkschaftliche Studierendengruppen, die Veranstaltungen oder Exkursionen organisieren, sich für hochschulpolitische und gesamtgesellschaftliche Fortschritte einsetzen und neue MitstreiterInnen werden. Die Hochschulgruppen sammeln sich je nach Standort entweder unter dem Dach des DGB als DGB-Hochschulgruppe oder sind als gewerkschaftliche Hochschulgruppe der GEW, der IG Metall oder von ver.di aktiv.

In den gewerkschaftlichen Bildungsprogrammen findet sich eine Fülle von Angeboten, die die Bandbreite der gewerkschaftlichen Aktivitäten widerspiegeln. Diese stehen natürlich auch Studierenden offen. Vielfach besteht sogar die Möglichkeit, nach anfänglicher Teilnahme selbst Seminare als TeamerIn zu leiten.

Was bringen die kommenden Jahre?

Schon jetzt ist klar, dass die Studierendenzahlen in den nächsten Jahren weiter zulegen und dann wieder bis auf das heutige, sehr hohe Niveau zurückgehen. Schließlich hat auch die Studierneigung insgesamt zugenommen. Für die Gewerkschaften bedeutet dies, dass sie die gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben und an den Hochschulen intensivieren müssen. Die Grundlagen für eine erfolgreiche Studierendenarbeit sind dabei gelegt. Gewerkschaften müssen als selbstverständlicher Bestandteil der Berufswelt erlebbar gemacht und Studierende in ihrer Bewusstseinsbildung für gewerkschaftliche Interessenvertretung unterstützt werden. Dabei gilt für alle Teilgruppen – egal ob es sich um dual Studierende, Praktikanten und Praktikantinnen oder JobberInnen handelt –, dass nur eine Kombination aus Ansprache im Betrieb und auf dem Campus nachhaltige Erfolge bringt. Die Betreuung und Ansprache muss dabei immer auf die

konkrete Lebens- und Studiensituation von Studierenden abgestimmt sein – beginnend beim Studieneinstieg über Praktika, Nebenjobs und Tätigkeiten als studentische Hilfskraft bis hin zu beruflicher Orientierung und Berufseinstieg. Neben den politischen, aber auch serviceorientierten Angeboten bieten die DGB-Jugend und ihre Mitglieds-gewerkschaften (hochschul-)politisch engagierten Studierenden einen wichtigen Rahmen für ihre Aktivitäten. Es muss in Zukunft darum gehen, das gewerkschaftliche Engagement für die Studierendenarbeit weiter zu verstärken und die Belange von Studierenden einzubeziehen. Denn Gewerkschaften sind Mitmachorganisationen, sei es im Betrieb, in der Schule, in örtlichen Gewerkschaftsgruppen und eben auch an der Hochschule. Nicht zuletzt ist die Tarifpolitik das zentrale Handlungs- und Gestaltungsfeld der Gewerkschaften, um die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten zu verbessern. Die Anliegen von Studierenden müssen dort berücksichtigt werden. Dies steht und fällt aber sicherlich auch mit dem Organisationsgrad der Studierenden in einem Betrieb.

von Stefanie Geyer

DGB-Bundesvorstand
Politische Referentin
Abteilung Jugend und Jugendpolitik



GEW-Studie zur Lage Studentischer MitarbeiterInnen

Studentische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen nicht mehr wegzudenken – bis zu 400.000 von ihnen betreiben Literatur- und Internetrecherchen, fotokopieren, beschaffen Bücher und Zeitschriftenaufsätze in Bibliotheken, redigieren Texte, geben Daten ein, betreuen ihre Kommilitoninnen und Kommilitonen in Lehrveranstaltungen und helfen bei deren Vorbereitung. Sie leiten Tutorien, beaufsichtigen Klausuren, bereiten Tagungen vor, transkribieren Interviews, werten Daten aus und erstellen Statistiken, führen Laborarbeiten aus und überwachen Geräte ...

Wie aber sieht die Situation der studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tatsächlich aus? Das haben Alexander Lenger, Christian Schneickert und Stefan Priebe in einer durch die Max-Traeger-Stiftung geförderten Studie untersucht, die die GEW jetzt veröffentlicht. Die Studie gibt einen einmaligen Überblick über die Lage der studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im deutschen Hochschul- und Forschungssystem. Knapp 4.000 Personen wurden befragt, darüber hinaus vorhandene Daten und Studien ausgewertet. Erstmals liegen umfassende Informationen zum Profil, zu den Beschäftigungsverhältnissen und Arbeitsbedingungen der studentischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor.

Die Studie ist online verfügbar unter:
http://www.gew.de/Publikationen_Beschaeftigte_in_Hochschule_und_Forschung.html#Section26507 (4,5 MB)

Die Veröffentlichung kann im GEW-Shop bestellt werden:
www.gew-shop.de
Studie zur Lage Studentischer MitarbeiterInnen
(Artikelnummer: 1443).
Verfügbarkeit: sofort lieferbar
2,00 EUR inkl. 19% MwSt., zzgl. Versandkosten

AK Gewerkschaften an der Uni Regensburg und die Kampagne »Studentische Hilfskräfte«

Studentische Hilfskräfte (SHKs) sind ein unverzichtbarer Teil des universitären Betriebes in Regensburg, ohne die die Lehre in der Form, wie wir sie kennen, nicht möglich wäre. Trotz ihrer wichtigen Aufgaben entspricht die Arbeit der SHKs kaum den Ansprüchen an gute Arbeit, was vor allem an der unangemessenen Bezahlung liegt.

Foto: imago/teutopress



Mit einem Stundenlohn von 7 EUR¹ für SHKs ohne Bachelor, 9 EUR für SHKs mit Bachelor und 11 EUR für wissenschaftliche Hilfskräfte (Master, Diplom, Staatsexamen) liegt die Vergütung an der Universität Regensburg bayernweit etwa im unteren Mittelfeld. Außerdem variieren die Arbeitsbedingungen sehr stark und die Universität informiert die SHKs nur unzureichend über ihre ArbeitnehmerInnenrechte.

Kampagne für mehr Rechte und Information

Weil wir, die Mitglieder des AK Gewerkschaften, diesen Zustand nicht hinnehmen wollten, haben wir vor drei Jahren eine Kampagne gestartet. Wir wollten eine bessere rechtliche Aufklärung der SHKs an unserer Universität durchsetzen und für eine Einbindung der SHKs in den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes und der Länder streiten, wie es etwa in Berlin üblich ist.

Um eine gute Argumentationsgrundlage zu bekommen, führten wir 2009 eine Befragung der SHKs durch. Wir wollten herausfinden, inwieweit die vertraglichen Bestimmungen mit dem Arbeitsalltag der SHKs übereinstimmen und wie es zur jeweiligen Anstellung kam. Außerdem fragten wir die Zufriedenheit der SHKs mit ihrer Tätigkeit an der Universität ab. Grundlage dafür waren die Kriterien für »Gute Arbeit« des DGB. Die Ergebnisse fassten wir in der Broschüre »Lohnt sich das?« zusammen.²

Das wichtigste Ergebnis der Studie zeigt, dass studentische Beschäftigte derzeit gar nicht als ArbeitnehmerInnen wahrgenommen werden. Die Folgen davon sind: geringer Lohn und mangelnde Aufklärung, die zu inkonsistenten Arbeitsplatzbedingungen führen. Kurze Vertragslaufzeiten und immer wieder auftauchende Probleme in der Vertragsabwicklung schaffen Unsicherheiten, die vor allem diejenigen treffen, die auf ihr Einkommen in besonderem Maße angewiesen sind. Nur wer in der Lage ist, ohne finanzielle Sorgen zu studieren, kann über die meisten negativen Aspekte hinwegsehen und die Synergieeffekte aus der Anstellung an der Universität mitnehmen. Soziale Gerechtigkeit sieht anders aus!

Nächste Schritte der Kampagne: Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung

Nicht nur mit der oben erwähnten Broschüre sind wir an die Öffentlichkeit gegangen. Ein Artikel dazu erschien auch in der Regensburger Studierendenzeitung »Lautschrift«. Parallel zur Befragung führten wir auch ein erstes Gespräch über die Anstellungsbedingungen von SHKs mit Dr. Blomeyer, dem Kanzler der Universität Regensburg, dem die Aufsicht über den Haushalt der Universität obliegt. Unabhängig von unseren Bemühungen war nämlich zeitgleich der SHK-Stundenlohn von 6 auf 7 EUR erhöht worden – allerdings bei gleichzeitigem Wegfall aller Sonderzahlungen! Das Gespräch zielte darauf ab – und dies war für den Kanzler ein durchaus neuer Gedanke –, mit den Arbeitsvertragsunterlagen einen Merkzettel nach Würzburger Vorbild an die SHKs auszugeben³, der wichtige rechtliche Informationen,

¹ Die Beträge entsprechen jeweils dem Bruttolohn

² Download unter: shk.wie-studieren.de/dl/lohnt_sich_das.pdf.

wie z. B. Regelungen im Krankheitsfall und zum Weiterbildungs- und Urlaubsanspruch, enthält.

Zuletzt gestalteten wir noch einen Stundenzettel⁴, auf dem die SHKs ihre Arbeitszeit festhalten können, um einen genauen Überblick über ihre geleisteten Arbeitsstunden zu haben. Dieser fehlte nämlich laut unserer Umfrage in der Vergangenheit. Zudem wollten wir damit die SHKs dafür sensibilisieren, dass sie auf ihre ArbeitnehmerInnenrechte achten, weswegen wir auch eine Kurzversion des rechtlichen Merkzettels und unserer Forderungen auf die Rückseite des Stundenzettels druckten. Im Fokus unserer Arbeit steht nun, diesen an alle SHKs zu verteilen.

Die Schwierigkeiten der gewerkschaftlichen Arbeit

Bei all diesen Aktionen standen wir einem großen Problem gegenüber. Fragen wie »Wer sind eigentlich diese SHKs?« und »Wo sitzen sie, was tun sie und wie erreicht man sie?« waren nur sehr schwierig zu beantworten, da es kein Gesamtverzeichnis aller angestellten SHKs gibt, sodass wir mühevoll alle Instituts-Homepages durchsuchen mussten. Auch der Personalrat war uns zu der Zeit keine große Hilfe. Gewerkschaftliche Initiativen blockte dieser oft ab. Erst seit der letzten Wahl entsteht wieder eine leise Kommunikation.

Eine besondere Schwierigkeit der Gewerkschaftsarbeit an Hochschulen ist, dass die meisten Bachelor-Studierenden nur noch drei Jahre an einer Universität studieren und für den Fall, dass sie einen Master anstreben, häufig die nächsten zwei Jahre an einer anderen Universität verbringen. Ähnliches gilt auch für WissenschaftlerInnen und Lehrpersonal an den Hochschulen. Auch bei ihnen ist die Fluktuation aufgrund der befristeten Verträge sehr hoch.

Die wichtigsten Erfolge des AK Gewerkschaften

Trotz allem konnten wir mit unseren Informationen und Materialien etliche Studierende erreichen und eine gewisse Sensibilität für das Thema aufbauen. Die Zukunft betreffend sind wir sicher, dass uns dies auch weiterhin gelingen wird.

Ein besonderes Hochgefühl verspürten wir nach den

³ Vgl. www.hiwue.de

⁴ Download unter: shk.wie-studieren.de/dl/2012_04_04_stundenzettel.pdf

Gesprächen mit dem Kanzler unserer Universität, die damit endeten, dass der Merkzettel mit den rechtlichen Informationen künftig an die SHKs verteilt wird, allerdings nicht in der von uns vorgeschlagenen, sondern in einer teilweise deutlich gekürzten Fassung.

AK Gewerkschaften

Der AK Gewerkschaften der Universität Regensburg ist eine Gruppe Studierender, die unterschiedlichen DGB-Gewerkschaften angehören. Derzeit sind dort Mitglieder der GEW, von ver.di und der IG Metall aktiv. Unsere Arbeitsschwerpunkte sind die Vernetzung der Studierenden mit den Gewerkschaften und Uni-Angestellten und vor allem die Unterstützung der SHKs als studentische ArbeitnehmerInnen. Daneben organisieren wir gesellschaftspolitische und arbeitsrechtliche Veranstaltungen. Wir treffen uns jeden ersten und dritten Dienstag im Monat um 18 Uhr im Raum PT 7.0.46e. Es sind alle herzlich eingeladen mitzumachen!



Von links nach rechts:
Jan Wurdak, Fedor Tkatschenko, Jan Bundesmann

Es gibt noch viel zu tun – wir lassen nicht locker

Für unser weiteres Vorgehen kommt uns gelegen, dass der Studentische SprecherInnenrat sich ebenfalls der SHKs annehmen möchte. Zusammen werden wir einen Antrag an den Studentischen Konvent formulieren und uns für höhere Stundenlöhne für die SHKs aussprechen, wobei wir Stundensätze wie in München anpeilen. Dort verdienen SHKs zwischen 9,40 EUR und 14,90 EUR. Ein positives Ergebnis wäre also eine deutliche Verbesserung für die SHKs in Regensburg.

Außerdem verhandeln wir gerade mit der Verwaltung der Universität über einen E-Mail-Verteiler, damit wir alle SHKs gleichzeitig kontaktieren können. Für nächstes Semester ist zudem eine Art Personalversammlung der studentischen Hilfskräfte angedacht. Natürlich verteilen wir auch weiterhin unseren Stundenzettel und unsere Version der rechtlichen Informationen.

Wie GEW und AK Gewerkschaften voneinander profitieren

Die GEW bietet uns Studierenden und SHKs die Möglichkeit, uns zu organisieren und miteinander für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Universitäten zu streiten. Mit der Gründung des Landesausschusses der Studentinnen und Studenten (LASS) in Bayern gibt es nun eine Plattform, auf der sich die Studierenden der bayerischen Hochschulen austauschen können. So können wir medienwirksamer agieren, unsere Kampagne auf ganz Bayern ausweiten und ihr gemeinsam mehr Nachdruck verleihen. Denn solange die SHKs nicht als vollwertige ArbeitnehmerInnen anerkannt werden und nicht in einen Tarifvertrag eingebunden sind, bleibt für uns viel zu tun. Und das werden wir auch tun.

**von Jan Wurdak,
Fedor Tkatschenko
und Jan Bundesmann**

AK Gewerkschaften an der Universität Regensburg

AStA in Bayern – Zeit wird's!

Aufgaben der verfassten Studierendenschaft

Studierendenschaft ist die Gesamtheit aller immatrikulierter Studierender einer Hochschule. Als verfasst wird sie bezeichnet, wenn ihr zur Erfüllung ihrer Aufgaben der rechtliche Status einer Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts und bestimmte Mechanismen zur unabhängigen Selbstverwaltung, wie etwa Satzungsautonomie oder Beitragshoheit, garantiert werden. Diese Aufgaben reichen von der Vertretung der studentischen Interessen gegenüber Hochschule, Staat und Öffentlichkeit über die Förderung der Studierenden in sozialen, kulturellen, musischen und sportlichen Belangen bis zur Meinungs- und Bewusstseinsbildung im öffentlichen Diskurs. Damit wird den Studierenden die Möglichkeit gegeben, eigenverantwortlich ihren Beitrag zu einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft zu leisten.

Geschichtliche Entwicklung

Mit eben diesem Ziel wurde die Verfasste Studierendenschaft nach dem Ende des 2. Weltkriegs von den West-Alliierten eingeführt. Nach den Jahren der Unterdrückung und Diktatur sollten die Studierenden ihre Erfahrungen mit demokratischen Strukturen und Prozessen machen und sich aktiv an den politischen Auseinandersetzungen im Deutschland der Nachkriegszeit beteiligen. Die studentische Beteiligung wurde in den 1960er-Jahren für die Regierung mehr und mehr unangenehm, da sich die Studierenden zunehmend kritisch und engagiert zu Themen wie den Notstandsgesetzen oder dem Vietnamkrieg positionierten.

Einschränkung der Rechte und Abschaffung in einzelnen Bundesländern

Die Kompetenzen der Verfassten Studierendenschaft wurden daraufhin sukzessive eingeschränkt und ihr Fortbestehen schließlich als Sache der einzelnen Bundesländer grundsätzlich zur Disposition gestellt. Dies führte zur Ab-

schaffung der Institution in den unionsgeführten Bundesländern Bayern (1973) und Baden-Württemberg (1977). Begründet wurde dieser Schritt unter anderem mit der augenscheinlich gefährlichen Nähe der überwiegend linken Studierendenschaften zu terroristischen Organisationen im In- und Ausland sowie der Gefahr einer Unterstützung solcher Gruppen durch die Struktur und die Gelder einer Verfassten Studierendenschaft. So wurde nach den Worten von Hans Filbinger, dem damaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, der »terroristische Sumpf an den Universitäten« trockengelegt. Darüber hinaus wurde argumentiert, die Verfasste Studierendenschaft schränke durch die Pflichtmitgliedschaft, die Pflichtgebühren und den Alleinvertretungsanspruch die Handlungsfreiheit und die negative Meinungsäußerung der Studierenden ein. Man kann davon ausgehen, dass auch die fehlende Repräsentation von konservativen Hochschulgruppen wie dem RCDS in der studentischen Interessenvertretung die strikte Ablehnung von damals unionsgeführten Bundesländern wie Bayern und Baden-Württemberg begründet hat.

2005 scheiterte der Versuch von SPD und Grünen, eine Verfasste Studierendenschaft im Hochschulrahmengesetz bundesweit festzulegen, an der Klage einiger Bundesländer vor dem Bundesverfassungsgericht. Das Gericht sprach sich nicht grundsätzlich gegen die Institution aus, es sah in einer Festlegung im Hochschulrahmengesetz allerdings die Kompetenz des Bundes gegenüber den Ländern überschritten.

Situation in Baden-Württemberg nach 2011

In Baden-Württemberg änderte sich die Situation 2011 durch den Regierungswechsel. Die Koalitionsvereinbarung zwischen den Grünen und der SPD legte die Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft fest. Ein unter Beteiligung der Studierenden erarbeitetes Gesetz wurde im Landtag beschlossen. Es ist seit dem 14. Juli 2012 in Kraft und somit Bayern offiziell das letzte der sechzehn Bundesländer ohne eine effektive und unabhängige Interessenver-



Zwei Aktionen des Studentischen SprecherInnenrates der Universität Regensburg – links: Demonstration gegen massive Kürzungen im Bildungsbereich vom 17. Nov. 2010; rechts: v. l. n. r. Bernhard Pashötter (Psycho-Sozialberatung an der Uni Regensburg), Anja Ebert mit dem Rektor Thomas Strothotte und Stefanie Feuerer (Beratungsstelle chronisch kranke und behinderte Studierende) bei einem Rollstuhlselbsterfahrungstag im Rahmen eines Unifestes

tretung der Studierenden. Trotz dieses Etappensieges sind die StudierendenvertreterInnen in Baden-Württemberg weit davon entfernt, selbstzufrieden die Füße hochzulegen. Im Zuge einer so tief greifenden Reform treten auch immer wieder Schwierigkeiten auf. So werden manche, vor der Wiedereinführung etablierte freie Strukturen der Studierendenvertretungen durch das neue Gesetz abgeschafft, dazu zählt z. B. die Besetzung von Ämtern durch die studentische Vollversammlung, die nicht dem Anspruch geheimer Urnenwahl genügt. Ein weiteres Problem ergibt sich aus einer Besonderheit des baden-württembergischen Landesrechts, wonach die Studierendenvertretungen zur Aufsicht ihrer Finanzen einen externen Beauftragten einstellen müssen, dessen Bezahlung allein allerdings bereits einen Großteil der zu beaufsichtigenden Beiträge kosten würde. Mit der Wiedereinführung übernimmt die Studierendenvertretung auch eine Reihe von bisherigen Aufgaben der Studentenwerke – die jeweiligen Zuständigkeiten sind zu klären. Grundsätzlich ist in der Zusammenarbeit zwischen den Studierenden und den zuständigen Ministerien noch ein hohes Maß an Überzeugungsarbeit und Bewusstseinsbildung zu leisten, bis selbstständige und unabhängige studentische Organisationen ein selbstverständlicher Teil der Hochschullandschaft in Baden-Württemberg sind. Die heikelste Aufgabe aber, die den StudierendenvertreterInnen dort noch bevorsteht, dürfte die Ausarbeitung überzeugender Organisationsatzungen und deren Abstimmung durch die Studierenden an den jeweiligen Hochschulen und Universitäten werden. Die Akzeptanz und Beteiligung durch die Studierenden wird letztendlich über Erfolg oder Misslingen der Reform entscheiden.

Studentische Mitbestimmung in Bayern

In Bayern steht man gerade erst am Anfang des Wegs, der in Baden-Württemberg gerade zu einem guten Abschluss kommt. Zwar entdeckt die Staatsregierung im Hinblick auf die Landtagswahl 2013 soeben das Thema »studentische Mitbestimmung« nach drei Jahren der Proteste der bayerischen Studierenden und einer, aus studentischer Sicht gescheiterten »AG-Mitwirkung« des Ministeriums wieder für sich. Über den konkreten Vorschlag der Landesregierung zur Verbesserung der Situation kann man sich allerdings nur wundern. Statt einer Verfassten Studierendenschaft soll es für die Studierendenvertretungen eine zusätzliche Stimme im Senat ihrer Universität oder Hochschule geben. Dass diese Maßnahme nicht einmal rechnerisch an der katastrophalen Unterrepräsentation der Studierenden in den Gremien der Universität spürbar etwas ändern würde, wird dabei verschwiegen. Um die vorgeschriebene Mehrheit der ProfessorInnen im Senat weiterhin zu gewährleisten, müsste sich nämlich auch deren Anzahl erhöhen, am Ende ergibt das ein aufgeblähtes und arbeitsunfähiges Gremium, aber gewiss nicht mehr studentische Mitbestimmung. Eine ebenfalls einhergehende Aufstockung des Hochschulrats hat eine weitere Aufgabe der Autonomie der Hochschulen zur Folge, da der Aufsichtsrat der Hochschulen vergrößert wird. Darüber

hinaus darf sich die stärkere Einbindung der Studierenden nicht auf den Senat beschränken, wichtige Entscheidungsprozesse laufen auf vielen Ebenen der Universität ohne deren Mitsprache ab. Man betreibt im Moment Symbolpolitik: Statt einen Krankheitszustand zu beseitigen, bekämpft man einzelne Symptome, und selbst diese nur mit Placebos. Tatsache bleibt, dass auch Studierendenvertretungen in Bayern gesetzliche Aufgaben haben, die sie aber in der bestehenden Situation nicht oder nur defizitär erfüllen können. Bayerische StudierendenvertreterInnen müssen jede Anschaffung, vom Kugelschreiber bis zum Megaphon, zuvor genehmigen lassen. Dabei kommt es häufig zu Absagen, wenn etwa Material zur kritischen Auseinandersetzung mit bestimmten Themen oder Öffentlichkeitsarbeit benötigt wird. Gewählte VertreterInnen dürfen sich nur eingeschränkt als solche äußern, es muss dabei zwingend ein direkter Bezug zur Hochschulpolitik bestehen. Bei missgünstiger Auslegung schließt das z. B. die offizielle Teilnahme an einem Gedenkmarsch für die Opfer von Deportationen während der NS-Diktatur aus.

Mandat für unabhängige politische Arbeit

Ohne den Status einer Teilkörperschaft des öffentlichen Rechts gibt es keine Möglichkeit, die Studierenden vor Gericht zu vertreten, unabhängige politische Arbeit zu leisten oder sich selbstständig eine passende organisatorische Form zu schaffen.

Diese Rechte sind inzwischen in ganz Deutschland Normalität, daher wird es zunehmend unmöglich zu akzeptieren, dass gerade die bayerischen Studierenden dazu nicht in der Lage sein sollten. Die Sorge der bayerischen Landesregierung um die Freiheit der Studierenden, welche bedroht sei von Zwangsmitgliedschaft und Zwangsgebühren, erscheint zynisch, stellt man den derzeitigen Zustand einer zwangsweisen Abgabe von bis zu 500 Euro pro Semester sowie die Verweigerung jeder wirklichen Mitbestimmung einer Verfassten Studierendenschaft gegenüber, deren Beiträge sich auf etwa zehn Euro pro Semester belaufen und die den Studierenden die Möglichkeit echter Partizipation gäbe.

Landtagswahl 2013

Das Ziel bis zur Landtagswahl 2013 muss es sein, ein Bewusstsein für die Alternativen zu einer Hochschulpolitik zu schaffen, die keine ernsthaften Ambitionen zeigt, die teils autokratischen Verhältnisse an bayerischen Hochschulen zu verändern und Studierende als mündige und verantwortungsbewusste Mitglieder der Gesellschaft wahrzunehmen.

von David Vogelbacher

Referent für Organisation und Finanzen des Studentischen SprecherInnenrates der Universität Regensburg, hier mit seiner Kollegin Anja Ebert, Referentin für Soziales





Bildungsstreik in der Krise

Gewerkschaftliche Perspektiven für eine vorerst gescheiterte Protestbewegung¹

Unter dem Motto »Bildet euch, bildet alle, bildet Widerstand – in Deutschland, Europa und weltweit!« organisierte das Münchner Bildungsstreik-Bündnis² im November 2011 eine Demonstration für bessere Bildungsbedingungen an Schulen und Hochschulen sowie in der Ausbildung. Mit einem umfassenden Forderungskatalog wurde unter anderem gegen Segregation, Ökonomisierung, Militarisierung und Ausbeutung während der Ausbildung sowie für demokratische Mitbestimmung und soziale Gerechtigkeit mobilisiert.

In Bayern liegen besonders viele Gründe vor, für eine bessere und andere Bildung auf die Straße zu gehen. Die Staatsregierung wehrt sich mit allen Mitteln gegen die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Die Umstellung auf »G 8« verhärtet vorhandene Ungleichheiten. Dies setzt sich an den Hochschulen fort: Neben Niedersachsen ist Bayern ab kommendem Wintersemester das letzte Bundesland, das noch Studiengebühren erhebt. Da eine Verfasste Studierendenschaft fehlt, existiert keine unabhängige demokratische Institution für studentische Mitbestimmung. Aber auch abseits solcher bayerischen »Alleinstellungsmerkmale« schreien allgemeine Unterfinanzierung des Bildungssektors und Bologna-Zumutungen bundesweit geradezu nach Widerstand.

Am 17. November 2011 versammelten sich 1.500 Schüler*innen und Student*innen zum Protest und damit

nur ein Bruchteil der bis zu 10.000 Teilnehmer*innen der Vorjahre. Folgerichtig kam es im Anschluss zu Diskussionen über die Ursachen des Scheiterns trotz objektiv gewaltiger Bildungsmissstände. Da die Proteste deutschlandweit ein Misserfolg waren, greift »technische« Kritik an der Planung und Durchführung zu kurz. Das Scheitern des Protestkonzepts »Bildungsstreik« geht offenbar auf ein allgemeineres, strategisches Problem zurück.

Gesellschaftliche Isolation und Politik des Abwartens

Seit dem letzten Höhepunkt bundesweiter Bildungsproteste im Herbst 2009, als allein in Deutschland am 17. November 85.000 Menschen auf die Straßen gingen und im Anschluss Hörsäle an über 80 Hochschulen besetzt wurden, sinkt die Bereitschaft, sich an Protestaktionen zu beteiligen. Eine vorläufige Erklärung dafür ist schnell gefunden: Die letztlich weitgehend isolierten Aktionen vor zwei Jahren waren nicht in der Lage, Forderungen durchzusetzen. Dass die Aktivist*innen dadurch demotiviert wurden, ist psychologisch betrachtet nahe liegend.

Tatsächlich liegt die derzeitige Demotivation von Aktivist*innen nicht in einer »zufälligen« bzw. nur taktischen Niederlage aus dem Jahr 2009 begründet. Vielmehr ist die jetzige Politik des Abwartens eine strategische Konstante, die auch während der Hochzeiten der Bewegung zu beobachten war. So verloren sich die Protestierenden während der Audimax-Besetzung der LMU München 2009 im ritualisierten Abhalten substanzloser Plena und in der Verwaltung des er-

¹ Dieser Artikel berichtet hochschulorientiert von der Situation in München. Sowohl Bestandsaufnahme als auch Kritik sind aber im Kern auf andere Standorte in Bayern und im Bundesgebiet übertragbar.

² Das Bündnis bestand wie auch in den Vorjahren v. a. aus Studierendenvertretungen, parteinahen Jugend- und Hochschulgruppen, unabhängigen Schüler*innengruppen sowie gewerkschaftlichen Gruppen.

kämpften »Freiraums«, anstatt ihre kurzfristige Stärke zu nutzen, um Bündnispartner*innen in der Gesellschaft zu gewinnen. Vor allem, weil es nicht gelang, durch solidarisches Handeln einen Bezug zu den Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung herzustellen, blieb die Bewegung zahnlos.

Auch 2011 scheute das Münchner Bildungsstreik-Bündnis die Offensive. Versuche, die Demonstrationsplanung durch Begleitveranstaltungen und inhaltliche Debatten in einen gesellschaftlich relevanten Kontext einzubetten, blieben die Sache einer kleinen Minderheit. Insbesondere die Studierendenvertretung und politische Hochschulgruppen verhielten sich bezüglich weitergehender Protestplanung, wie etwa eine Vollversammlung abzuhalten bzw. einen öffentlichen Raum an der LMU München zu besetzen, abwartend.

Das Ergebnis: 1.300 Demonstrant*innen gingen nach der Abschlusskundgebung an der Feldherrnhalle wieder nach Hause; ein gesellschaftlicher Diskurs, oder auch nur ein Diskurs an den Hochschulen, fand nicht statt. Gewerkschaftlich orientierte Student*innen hatten indes zum Beziehen eines Raumes an der LMU München aufgerufen, um in einer auszurufenden Vollversammlung den Diskurs über Lern- und Studienbedingungen zu suchen und den Forderungen des Bündnisses Gehör zu verschaffen. Schließlich zogen etwa 200 Personen in einer Spontandemonstration von der Feldherrnhalle zur Akademie der Bildenden Künste.³ Davon wiederum besetzten etwa 60 Personen nach einer Lagebesprechung einen Hörsaal der LMU München. Die Universitätsleitung verhielt sich als Hausherrin ungewohnt restriktiv und löste die friedliche, nicht einmal »störende« Versammlung unter unmittelbarer Räumungsdrohung durch bereits anwesende Polizei auf. Das war ohne weiteres Aufsehen möglich, da die Mehrheit des Bildungsstreik-Bündnisses, welche die Aktion nicht als Teil ihres eigenen Kampfes sah, den Besetzer*innen ihre Solidarität verweigerte. Andere Bündnisgruppen lehnten das Abhalten einer »Vollversammlung« nicht prinzipiell ab. Beteiligen werde man sich aber nur, so mehrere Vertreter*innen politischer Gruppen, sollte sich ein breiter Teil der Studierenden selbst dazu entschließen.

Gewerkschaften und Bildungsstreik

Unbestritten ist, dass ein kritischer Punkt des »Bildungsstreiks« in seiner Begrifflichkeit liegt. Schüler*innen und Student*innen können nicht im klassischen Sinne des Worts »streiken«, also Produktionsprozesse lahmlegen. Eine mögliche Folgerung daraus lautet: Der Bildungsstreik sollte diesen Anspruch gar nicht stellen, »gestreikt« würde nur in einem übertragenen Wortsinn, also mit Aktionen, die den schulischen und universitären Alltag unterbrechen, auf Missstände hinweisen. Unter dieser Prämisse ist die Bildungsstreik-Bewegung für Gewerkschaften nur am Rande interessant – was dem Status quo entspricht.

Ein Bildungsstreik hingegen, der seiner Bezeichnung ge-

recht werden will, muss sich als Handlungseinheit von Studierenden und Lohnabhängigen verstehen. Diese Folgerung kann aktuell kaum in unmittelbare Streikaufrufe übersetzt werden, eröffnet aber perspektivisch kämpferische Optionen, die für Gewerkschaften und Bildungsstreik-Bündnisse interessant sind. Schritte in diese Richtung könnten in kommenden Bildungsstreiks beispielsweise durch studentische Solidaritätsdelegationen während Arbeitskämpfen erfolgen.⁴

Bereits während der Bildungsstreiks der vergangenen Jahre waren DGB und Mitgliedsgewerkschaften mit Demonstrationaufrufen, Begleitveranstaltungen und Unterstützungserklärungen, Redebeiträgen und organisatorischer Hilfe aktiv und drückten so ihre Solidarität gegenüber den Bildungsstreikenden aus. Gewerkschaftlich orientierte Student*innen haben sich für die Aufnahme klassischer GEW-Forderungen wie »Eine Schule für alle!« in den Forderungskatalog des Bildungsstreik-Bündnisses stark gemacht und damit Debatten angestoßen.

Trotz dieser Aktivitäten wurden Gewerkschafter*innen nicht als treibende Kraft der Bewegung wahrgenommen und es gelang nicht, eine gewerkschaftliche, einigende Perspektive anzubieten, die die Bildungsstreikenden hätten annehmen können.

Für eine aktive Hochschulpolitik!

Auch in Zeiten, in denen sich keine neue studentische Protestwelle ankündigt, kann die GEW mit geringem materiellem Aufwand Vorarbeit leisten, indem wir offensiver auftreten und jenseits von Symbolpolitik Kontakt zu sich potenziell organisierenden Student*innen und Hochschulbeschäftigten aufnehmen.

Im Februar dieses Jahres veranstaltete die GEW gemeinsam mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung eine Deutschlandreise chilenischer Bildungsstreikender um die international bekannte Studierendenführerin Camila Vallejo. Die Veranstaltungen waren große Publikumserfolge. Pressewirksame Termine wie diese sollten auch Bildungsstreiker*innen vor Ort als Podium zugänglich gemacht werden. Gemeinsamkeit zwischen der deutschen Entwicklung hin zum Elite- und Leistungsstudium am »Unternehmen Hochschule« und der chilenischen Bildungssegregation lassen sich mit Sicherheit herstellen.

Noch nicht gewerkschaftlich organisierten Student*innen gegenüber sollte sich die GEW schon aus Eigennutz öffnen. Durch die stärkere Einbindung Studierender geht uns nichts verloren; es kann aber viel gewonnen werden.

von Oskar Fischer

B. A. in Politikwissenschaft an der LMU München
Sprecher im Landesausschuss der Studentinnen und Studenten (LASS) der GEW Bayern



Ein weiterer Artikel zum Bildungsstreik von Ates Gürpınar steht auf unserer Homepage: www.gew-bayern.de. Auf dieser finden sich auch zusätzliche Quellenhinweise die Oskar Fischer für den hier abgedruckten Artikel verwendet hat.

³ An der Akademie der Bildenden Künste startete 2009 nach Wiener Vorbild im Anschluss an eine Demonstration die Münchner »#unibrennt«-Bewegung, welche die Besetzung des Audimax der LMU München einleitete.

⁴ Beispielsweise durchgeführt vom Berliner Bildungsstreik-Bündnis 2011, das Streikposten während eines Arbeitskamps mit der Charité CFM Facility Management GmbH unterstützte.

Prekäre Arbeitsverträge an Hochschulen

Praxisbericht mit Möglichkeiten der Gegenwehr aus Bayern und/oder anderen Bundesländern

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen für die Ausschreibung oben genannter Stelle im wissenschaftlichen Mittelbau. Durch meinen überdurchschnittlichen Studienabschluss sowie meine Zusatzqualifikationen würde ich gut in Ihr Anforderungsprofil passen.

Auf der Grundlage meines Anforderungsprofils habe ich nach einer sorgfältigen Auswertung der Stellenanzeigen eine Vorauswahl getroffen. Leider kann ich Ihr Angebot nicht berücksichtigen und muss Ihnen mit Bedauern mitteilen, dass Ihre Ausschreibung nicht in die Endauswahl gekommen ist.

Ich versichere Ihnen, dass meine Entscheidung keine Abwertung Ihrer Person oder Ihres Instituts bedeutet, sondern ausschließlich auf meine Auswahlkriterien wie Arbeitszeiten, Befristung, Bezahlung und Familienfreundlichkeit zurückzuführen ist.

Ich bedauere, Ihnen keine günstigere Nachricht geben zu können, und wünsche Ihnen und Ihrer Universität für die Zukunft alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Mustermann



Aktion Bewerbungsboykott

Die »kritische geographie berlin« ruft zu einem »Bewerbungsboykott« auf¹ und dazu, die Ausschreibungen unzumutbarer Stellen im Wissenschaftsbetrieb mit wie oben formulierten Absagen zu beantworten. Sie will damit auf die aktuellen Bedingungen im Mittelbau der Hochschulen hinweisen: Viele Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sind prekär beschäftigt, die Stellen unterbezahlt und mit einer hohen Arbeitslast verbunden. Die Kritik daran ist kein »Jammern auf hohem Niveau«. Die Situation hat sich gerade in den letzten Jahren massiv verschlechtert. Zwischen 2005 und 2010 entwickelte sich die Quote von unbefristeten zu befristeten Stellen bei wissenschaftlichen Angestellten an den Hochschulen von 1:4 auf 1:8.² An deutschen Hochschulen sind aktuell 85 % des wissenschaftlichen und künstlerischen Personals befristet oder über Lehr- oder Honoraraufträge beschäftigt. Im internationalen Vergleich ist das erstaunlich schlecht bei Quoten in Großbritannien von 35 %, Frankreich von 37 % und den USA von 17 %.³

Politischer Kontext

Grund für diese rasante Verschlechterung ist die verfehlte Hochschulpolitik der vergangenen Jahre: Sowohl Forschung als auch Lehre wurden durch politische Maßnahmen wie den Bologna-Prozess oder die Exzellenzinitiative einem starken Wandel unterworfen, der stark von Wettbewerbs- und Verwertbarkeitslogik geprägt war. Veränderung erzeugt immer eine Belastung des Systems, wenn es aber hastige und unterfinanzierte Reformen sind, so ist der entstehende Druck umso stärker.

Foto: Robert Michel

Er wirkt dabei auf die Studierenden, aber natürlich gleichzeitig auch auf das wissenschaftliche Personal: Studieninhalte müssen neu konzipiert werden und immer mehr Forschungsanträge müssen in immer kürzerer Zeit gestellt werden, um die Finanzierung des eigenen Projekts und damit der eigenen Stelle zu sichern. Es geht daher immer weniger um wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn, sondern schlicht um die eigene Existenzsicherung und gleichzeitig darum, dem gesellschaftlichen Bild einer Elite im Lebenslauf zu entsprechen, nämlich möglichst schnell möglichst gut zu sein. Mit diesem Hintergrundwissen versteht man die Forderung, die mit dem Bewerbungsboykott verbunden wird: »Wir wollen nicht an die exklusiven Fleischöpfe der selbstgemachten Eliten des Wissenschaftsbetriebs, sondern unsere eigene emanzipatorische Kulinaristik!«

Gilt das für alle Hochschulbeschäftigten?

Die AktivistInnen des Bewerbungsboykotts fokussieren sich insbesondere auf »un- oder unterbezahlte Lehraufträge« und Stellen von »Lehrbeauftragten für besondere Aufgaben« (LfbA). Sie haben diese beiden Gruppen bewusst ausgewählt. Auf diesen Stellen werden in großer Zahl hochqualifizierte Fachkräfte beschäftigt, die kein »Normalarbeitsverhältnis« als wissenschaftlicher Mitarbeiter oder wissenschaftliche Mitarbeiterin gefunden haben. Die Bezahlung und die Absicherung ist schlechter: Die LfbA fallen nicht unter den Gültigkeitsbereich der im Rahmen der Tarifeinigung 2011

¹ Vgl. <http://kritische-geographie-berlin.de>

² Vgl. GEW 2011: Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zum öffentlichen Fachgespräch »Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes«

³ Reiner, Hannelore (2012): Fairspektive in der Wissenschaft. In: Vereinigte Dienstleistungsgewerkschaft (Hrsg.): sozial report 02/2012. Berlin, ver.di, S. 4

vereinbarten Entgeltordnung zum TV-L und die Lehraufträgen stehen sogar in keinem Dienstverhältnis zur Hochschule. Und auch hier zeigt sich die Prekarisierung in den vergangenen Jahren: Die Anzahl der Lehrbeauftragten erhöhte sich zwischen 1997 und 2010 um 102 %, während die Anzahl der wissenschaftlichen MitarbeiterInnen nur um 64 % anstieg.⁴ Damit ist eine eindeutige Verschiebung in prekärere Arbeitsverhältnisse erkennbar.

Wie oben bereits ausgeführt, trifft der durch die Reformen erzeugte Druck alle Beschäftigten. Natürlich leiden Professorinnen und Professoren ebenfalls daran, ihnen geht es aber in Bezug auf Vergütung und Arbeitsplatzsicherheit weit besser als den anderen, ihnen hierarchisch untergeordneten Statusgruppen. Es gibt sehr viele Untergruppen: JuniorprofessorInnen, PostDocs, wissenschaftliche MitarbeiterInnen, DoktorandInnen, Lehrbeauftragte, LektorInnen, Lehrkräfte für besondere Aufgaben, wissenschaftliche Hilfskräfte und studentische Beschäftigte. Die mit 60 % der Beschäftigten größte Gruppe sind die wissenschaftlichen MitarbeiterInnen. Diese sind aber keineswegs eine homogene Gruppe, da sich nur etwa 25 bis 30 % in unbefristeten Arbeits- oder Dienstverhältnissen befinden. Zudem werden nicht selten halbe, Drittel- oder sogar Viertelstellen vergeben, die zudem noch teilweise von drittmittelfinanzierten Projekten abhängen und damit extrem kurze Laufzeiten haben können (zwei Jahre oder weniger).⁵

Dieses gruppenbasierte System ist so ausgelegt, dass es sukzessiv durchlaufen wird und man nicht auf einer Stufe »stehenbleiben« kann, um dort längerfristig beschäftigt zu sein. Nur ein sehr kleiner Teil kommt »oben« bei der Habilitation an. Insbesondere auf Frauen wirkt das System dabei stark selektiv. Im Zuge der Reformen und steigenden Studierendenzahlen gibt es einen massiven Bedarf an Stellen, wie unlängst von einer Studie⁶ im Auftrag der GEW gezeigt wurde. Diese Stellen werden aber aktuell im prekären Bereich geschaffen; die Habilitationszahlen gehen zurück: 2011 sind es im Vergleich zum Vorjahr 11 % weniger und verglichen mit dem Höchststand 2002 sind es fast ein Drittel weniger erfolgreich abgeschlossene Habilitationen.

Doch es gibt noch eine weitere Bruchlinie, die sich durch die Beschäftigten zieht: die unterschiedliche finanzielle Ausstattung und damit auch der unterschiedliche Spielraum für Beschäftigungsverhältnisse. Traditionell spricht man von einer Trennung zwischen Geistes- und Naturwissenschaften. Mittlerweile ist es eher eine Trennung zwischen Grundlagenforschung und anwendungsorientierter Forschung bzw. finanzschwachen und drittmittelstarken Instituten, wobei die Waage eindeutig zu Ungunsten der Geisteswissenschaften ausschlägt. Der Anteil der Drittmittel am Gesamtetat der Hochschulen (ohne die medizinischen Einrichtungen) beträgt in Deutschland mittlerweile knapp 20 %. Insbesondere

bei Mitteln aus der Privatwirtschaft, aber auch teilweise bei denen der großen Forschungsgesellschaften wie der Deutschen Forschungsgemeinschaft ist die Anwendungsorientierung oder »Verwendbarkeit« der Forschungsergebnisse ein wichtiges Kriterium.

Einerseits gibt es also die gut ausgestatteten Bereiche der Hochschulen, in denen die Beschäftigten aber trotzdem auf kurzfristigen Projektstellen arbeiten, andererseits die Bereiche mit weniger Mitteln für Beschäftigte, in denen Stellen aufgespalten oder durch mehrere schlechtere Beschäftigungsverhältnisse substituiert werden. Beides führt dazu, dass in keinem anderen Bereich des Arbeitslebens der Anteil befristeter Arbeitsverträge auch nur annähernd so hoch ist wie in den Hochschulen und Forschungseinrichtungen.

Was kann man tun?

Das Gesamtbild der Hochschulbeschäftigten besteht also aus vielen Menschen, die zwar im gleichen unterfinanzierten System arbeiten und mit den gleichen externen Einflüssen zu kämpfen haben, sich aber nicht als Einheit verstehen. Im schlimmsten Fall wird die eigene Belastung als Druck auf eine andere Statusgruppe oder Untergruppe weitergegeben. Und ganz unten stehen wie so oft eben diejenigen, die sich am schlechtesten wehren können.

Der sehr aktive Bereich »Hochschule und Forschung« der GEW hat die Situation sehr gut analysiert und fordert ein strategisches Umdenken. Im sogenannten Templiner Manifest⁷ wird ein Wechsel der Beschäftigungspolitik gefordert, der gute Arbeitsbedingungen als Voraussetzung für gute Lehre und Forschung versteht. Konsequenterweise muss daher zunächst die Promotionsphase besser abgesichert und strukturiert werden. Der Bereich der PostDocs muss einen dauerhaften Verbleib in Hochschule und Forschung ermöglichen. Gerade in leitenden Positionen des Wissenschaftsbetriebs ist ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis zu forcieren. Prekäre Beschäftigung muss daher durch reguläre ersetzt werden. Daueraufgaben müssen durch unbefristete Stellen erfüllt werden. Eine realistische Work-Life-Balance muss insgesamt in den Blick genommen werden.

Und auch bei den einzelnen Beschäftigten muss sich etwas ändern. Wissenschaft wird oft mit märtyrerhafter Aufopferung verbunden, der Stress und die schlechten Arbeitsbedingungen werden mit Blick auf den eigenen pseudo-elitären Status weggelächelt. Schluss mit der Selbstaussbeutung! Die Wissenschaft ist ein normaler Beruf, niemand ist durch einen Titel mehr »wert« als jemand anderes. Wenn jede Statusgruppe nur für sich kämpft, wird es schwierig, an den Verhältnissen etwas zu verändern. Man kämpft darum, selbst möglichst viel zu haben, und dabei gegen die anderen. Dabei lassen sich die strukturellen Probleme nur gemeinsam lösen.

⁴ Vgl. GEW 2011: Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft zum öffentlichen Fachgespräch »Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes«

⁵ Vgl. GEW 2012: http://www.gew.de/Wissenschaftliche_MitarbeiterInnen_2.html

⁶ Vgl. GEW 2011: Wissenschaftliches und künstlerisches Personal an Hochschulen: Stand und Zukunftsbedarf (Silke Gülker)

⁷ Vgl. http://www.gew.de/Templiner_Manifest.html

von Doris Aschenbrenner
Stellvertretende Vorsitzende der GEW Würzburg
Sprecherin der Jungen GEW Unterfranken





Foto: Robert Michel

Sie sind der Meinung, das ist Spitze?

Kritische Anmerkungen zu aktuellen Rahmenbedingungen für Forschung in Deutschland

Forschung und Innovation werden immer wieder politisch gefordert, um die internationale Spitzenstellung Deutschlands im globalen Wettbewerb weiter zu garantieren. Aus unserer Sicht müssen allerdings die aktuellen Rahmenbedingungen des Forschens kritisch betrachtet werden, was wir anhand dreier Eckpfeiler tun.

Erster Eckpfeiler: Spitzenforschung – der programmatische Rahmen für Struktur und ForscherInnen

Spitzenforschung ist geprägt von einer Forschungspolitik, die auf systematisch strukturierten Investitionen in Forschung und Innovation und auf der Förderung von »Exzellenz« und »Elite« basiert.

Wirtschaftliches Wachstum und nationaler Wohlstand werden als Resultate aus Investitionen in Forschung und Innovation betrachtet. Infolgedessen nimmt die nationale Forschungsförderung kontinuierlich zu und erreichte im Jahr 2011 mit 13,7 Milliarden Euro einen neuen Höchststand. Der Expansionskurs der Forschung ermöglichte Deutschland, zum Innovationsstandort und Stabilitätsanker in Euro-

pa zu werden und sich im internationalen Wettbewerb führend zu positionieren.¹

Investitionen in Forschung und Innovation sind mannigfaltig, basieren aber letztlich nur auf zwei Säulen politischer Steuerungsinstrumente. Erstens auf der staatlich oder privat organisierten Forschungsförderung. Grundlegend dabei sind institutionelle Förderungen und die Projektförderung, die systematisch staatlich organisiert und durch zahlreiche politische und private Stiftungsförderungen ergänzt werden. Das zweite Förderinstrument bilden Maßnahmen und Anreizsysteme für Hochschulen, wie z. B. Unterstützung bei der Drittmittelerwerb, die Hightech-Strategie 2020 mit der Forschungsprämie, dem Hochschulpakt 2020, der die allgemeine Forschungsförderung an Hochschulen stärkt, und vor allem die Exzellenzinitiative, die einige Universitäten zu sogenannten Leuchttürmen der Wissenschaft und Forschung macht. Infrastrukturelle Angebote, Preisverleihungen und Auszeichnungen für Forschungen, wie z. B. der Communicator-Preis², ergänzen diese Fördermaßnahmen.

¹ Vgl. dazu: <http://www.bmbf.de/de/12210.php>

² Vgl. DFG 2012: Exzellenzinitiative. Verfügbar unter: <http://www.dfg.de/foerderung/programme/exzellenzinitiative/index.jsp> (Stand: Juni 2012)

Damit geht viel Arbeit für WissenschaftlerInnen einher. Gesetzliche Arbeitsbedingungen wie das Tarifrecht, die Bezahlung, die Möglichkeit für NachwuchswissenschaftlerInnen, nach transparenten Regeln ihre Karriere zu planen, oder die Gleichstellungsproblematik gehören ebenso zu den rahmengebenden Arbeitsbedingungen wie eine forschungsfreundliche Atmosphäre, ein Klima, das zwar die Risiken erkennt, aber durchaus Chancen Raum lässt.³ Insbesondere die formalen gesetzlichen Arbeitsstrukturen sind allerdings von Prekarisierung und Flexibilisierungs- und Mobilisierungstendenzen geprägt, die wegen der Arbeitsform – es handelt sich um eine kreative, freie Tätigkeit – in Kauf genommen, d. h. individuell ausbalanciert werden.

Der »Selbstmanager ›Wissenschaftler«⁴ wird durch ein permanentes Ausloten von Möglichkeiten und Chancen, durch einen Verzicht auf Muße und Ruhe, durch eine starke Einschränkung der Lebensqualität charakterisiert, weiterhin dadurch, dass anspruchsvolle Arbeit zur Dauerbelastung wird, sei es durch Arbeitssucht und/oder enormen Qualifizierungszwang.

Die zunehmende Verschärfung wissenschaftlicher Arbeitsbedingungen durch Arbeitsbelastung einerseits und Prekarisierung andererseits führt zum »akademischen Kapitalismus«⁵ und damit zur Ausbeutung akademischer Arbeitskraft.

Zweiter Eckpfeiler: Spitzenverwertung – der technokratische Rahmen

Diese Verwertungsperspektive akademischer Arbeitskraft wird insbesondere am Beispiel der eingereichten Forschungsanträge für Drittmittelinwerbung sichtbar. Prekäre Beschäftigung im Wissenschaftsbereich bedeutet zu meist projektbezogene wissenschaftliche Arbeitsverträge, wodurch frühzeitig vor dem Auslaufen eines Projektes – sprich Arbeitsvertrages – erzwungenermaßen ein neues Projekt rekrutiert werden muss.

Eine Projektbewilligung zu erhalten, ist von unzähligen Faktoren abhängig und aufgrund der Masse an eingehenden Anträgen gering. So werden bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) beispielsweise nur circa ein Drittel der eingehenden Anträge bewilligt, weshalb zur Sicherung des eigenen Arbeitsplatzes meist mehrere Forschungsanträge parallel gestellt werden müssen, um über solche Akquise überhaupt die Aussicht auf eine weitere befristete Arbeitstätigkeit zu erhalten. Dass dafür entscheidend ist, den Ansprüchen der Förderer nachzukommen, erklärt sich von selbst. Und auch, dass die aufwändige Er-

arbeitung eines Antrags nur in seltenen Fällen bezahlt wird.

Welche Auswirkungen hat das nun auf die Freiheit der Forschung? Eine solche Freiheit, die ökonomischen Wertbarkeitskriterien, der Marktfähigkeit und der internationalen Spitzenpositionierung geschuldet ist, entspricht wohl kaum mehr der im Grundgesetz Art. 5 Abs. 3 verankerten freien Entfaltung der Interessens- und Notwendigkeitsansprüche von WissenschaftlerInnen.

Dritter Eckpfeiler: Spitzenstellung – der ideelle oder ideologische Rahmen

Der kürzlich mit der Verteilung von »Elitekronen« beendete universitäre Exzellenzwettbewerb veranschaulicht anhand seiner Ansprüche den ideologischen Rahmen und die damit einhergehenden Veränderungen der Forschungsförderung.

Im November 2012 beginnen die Förderungen der elf Universitäten, deren Spitzenforschung im Antragswettbewerb als »exzellente« ausgezeichnet wurde. Insgesamt 2,7 Milliarden Euro werden bis zum Jahr 2017 an diese Hochschulen vergeben.⁶ Gefördert werden damit Graduiertenschulen, Exzellenzcluster und Zukunftskonzepte, d. h. Personen im Sinne wissenschaftlicher Nachwuchsförderung einerseits und der erwartete wissenschaftliche Erkenntniszugewinn in Bereichen der von der Kommission als relevant erachteten Projekte andererseits.

Ziel dieser Förderaktionen ist, Deutschland im internationalen Wettbewerb sichtbar zu machen, wodurch weiteres wirtschaftliches Wachstum und Wohlstand erhofft wird bzw. dieses sogar garantiert werden soll. So verändert sich das Wissenschaftssystem immer mehr zu einem ökonomisch motivierten Wettbewerbssystem. Dieses Wettbewerbssystem soll die Selbstreflexion und Strategiebildung der Universitäten fördern.⁷ Doch wie lässt sich universitäre Diversität und Spezialisierung überhaupt vergleichbar evaluieren?

Vereinfacht dargestellt erscheint die Messung von Universitätsqualitäten als Ganzes unmöglich, weshalb auf die Gegenüberstellung einzelner Forschungsbereiche fokussiert wird. Für eine Gegenüberstellung prädestiniert sind Sonderforschungsbereiche und Schwerpunktprogramme. Diese prägen als forschungsbezogene Besonderheiten Spitzenforschung. Deren Finanzierung erfolgt maßgeblich durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) und ist damit größtenteils gesichert. So bleibt die Frage, inwiefern die Exzellenzinitiative wirklich ein überzeugendes Instrument der Forschungsförderung sein kann.⁸

Bei diesem elitären Adeln geht es aber nicht nur um Geld, sondern auch (oder vor allem?) um Anerkennung und

³ Hacker, J./Gaul, H.-P. (2007): Regionalisierung versus Europäisierung und Globalisierung der Wissenschaft? Perspektiven der Forschung. In: Bayerisches Staatsinstitut für Hochschulforschung und Hochschulplanung (Hg.): Beiträge zur Hochschulforschung 3/2007, S. 28-38

⁴ Dörre, Klaus (2009): Die Selbstmanager. Biographien und Lebensentwürfe in unsicheren Zeiten. In: Dörre Klaus; Lessenich, Stephan, Rosa, Hartmut (Hg.): Soziologie. Kapitalismus. Kritik. Eine Debatte. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 139-149.

⁵ Ebd.

⁶ DFG 2012: Exzellenzinitiative. Verfügbar unter: <http://www.dfg.de/foerderung/programme/exzellenzinitiative/index.jsp>; (Stand: Juni 2012)

⁷ Vgl. dazu: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/exzellenzinitiative-gutachter-pierre-baunstein-im-interview-a-841304-2.html>; (Stand: Juni 2012)

⁸ Ebd.

Ehre.⁹ Die akademische Auszeichnung lockt z. B. vermehrt internationale ForscherInnen an die Exzellenz-Universitäten. Aber auch Stiftungsförderer bieten weitere Gelder an, wodurch die damit durchgeführten Großprojekte wiederum zu verstärktem Selbstbewusstsein und Ruhm beitragen.¹⁰

Mit Hilfe der Eliteförderung werden sicher auch zusätzliche Stellen im Wissenschaftsbereich geschaffen. Die sind zwar prekär, aber trotzdem begehrt, versprechen sie doch Glanz und den Einstieg in eine akademische Karriere – und sie schüren den Wettbewerb unter NachwuchswissenschaftlerInnen weiter an. Dieser alles durchziehende Wettbewerbsgedanke soll dazu beitragen, Wissensvorsprünge zu sichern, durch die innovative Lösungen für gesellschaftliche Wachstums- und Wohlstandsfragen gesucht werden. Unberücksichtigt bei all den Diskussionen um diese Elite bleibt die

Frage nach den normativen und nach den ethischen Aspekten, die nicht nur in den Forschungsfolgen, sondern auch in ihren Bedingungen zu suchen wären.

Der national als Spitzenforschung ausgewiesenen Forschung eine Goldmedaille zu verleihen, wäre nach der Skizzierung dieser drei den Rahmen prägenden Eckpfeiler gewagt, insbesondere, da die Schattenseiten – die akademischen Arbeitsbedingungen, die Verwertungsperspektive und der ideologische Rahmen – zu kritisieren sind. Wir können leider keinen Luftsprung machen und sagen: Das ist Spitze.

von Elke Oestreicher

Dipl. Soz.-Päd.

Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung
elke.oestreicher@phil.uni-augsburg.de



und Prof. Dr. Sabine Pankofer

Professorin für Psychologie in der Sozialen Arbeit,
Forschungsbeauftragte der KSFH
Kontakt: sabine.pankofer@ksfh.de



⁹ Preuß, R. (2012): Elite-Unis der Exzellenzinitiative – Die neue Königsklasse (SZ 15. Juni 2012). Verfügbar unter: <http://www.sueddeutsche.de/bildung/die-neuen-elite-unis-selbstbewusstsein-und-neue-stellen-1.1384331>; Stand: Juni 2012

¹⁰ Ebd.



Von Templin nach Herrsching

6. Wissenschaftskonferenz der GEW tagte in Bayern

Vier Tage diskutierten mehr als 130 TeilnehmerInnen über die Arbeitsbedingungen an den Hochschulen, ihre Berufsperspektiven als WissenschaftlerInnen und die Aktionen, mit denen die GEW versucht, die prekären Beschäftigungsbedingungen an den Hochschulen zu thematisieren und zu verändern.

Unter dem Motto »Attraktive Karriere Wege und Beschäftigungsbedingungen gestalten« diskutierten die über 130 TeilnehmerInnen der 6. Wissenschaftskonferenz der GEW, diesmal in Bayern, und zwar in Herrsching am Ammersee, über ihre Arbeitsbedingungen auf der »Baustelle Hochschule«.

Andreas Keller, Leiter des Bereiches Hochschule und Forschung beim GEW-Hauptvorstand, skizzierte zu Beginn der Tagung die prekären Verhältnisse, zeigte aber auch auf, wie erfolgreich die GEW mit dem »Templiner Manifest« an den Hochschulen arbeitet und dort auf großes Interesse stößt, was sich u. a. darin zeigt, dass es mittlerweile fast 10.000 UnterzeichnerInnen gibt. Er stellte Eckpunkte für einen Kodex »Gute Personalpolitik«, nach dem Tagungsort

»Herrschinger Kodex« genannt, vor. Auf dessen Grundlage sollen sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihren jeweils auf die eigene Institution zugeschnittenen »Kodex« erarbeiten, um die Arbeitsperspektive der WissenschaftlerInnen stabiler und berechenbarer zu gestalten.

Die TeilnehmerInnen der Wissenschaftskonferenz arbeiteten intensiv an diesem »Kodex«. All ihre Vorschläge und Kommentare werden derzeit in diesen eingearbeitet. Er soll dann in seiner endgültigen Fassung von den Beschlussgremien der GEW verabschiedet werden. Wesentliche konkrete Forderungen sind, dass sich die Hochschulen und Forschungseinrichtungen beispielsweise dazu verpflichten, Mindestlaufzeiten für befristete Beschäftigungsverhältnisse zu

garantieren, promovierten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eine geregelte Wissenschaftslaufbahn anzubieten oder ein aktives Personalmanagement zu betreiben, das stabile Beschäftigung auch bei wechselnder Finanzierung ermöglicht. Mit diesen Maßnahmen könnten sich Hochschulen und Forschungseinrichtungen ihrer eigenen Verantwortung stellen und ihr Anspruch an exzellente Forschung und Lehre entsprechenden attraktiven Bedingungen schaffen.

Wir werden in unseren nächsten Ausgaben weitere Ergebnisse der Wissenschaftskonferenz vorstellen und – sobald er verabschiedet ist – auch den »Herrschinger Kodex«.

Karin Just

V. l. n. r.: Marianne Demmer, GEW-Hauptvorstand, eröffnete die Konferenz. Dorothee Buchhaas-Birkholz vom Bundesministerium für Bildung und Forschung würdigte die Arbeit der GEW. Gele Neubäcker, Vorsitzende der GEW Bayern, sprach ein Grußwort. Andreas Keller, GEW-Hauptvorstand, führte in das Tagungsprogramm ein. Prof. Dr. Axel Demirovic referierte zum Thema »Autonomie und Verantwortung«.



Pflege dual – der Weg in die Akademisierung der Pflegeberufe

Vor wenigen Wochen hat der Wissenschaftsrat Empfehlungen zur Akademisierung der Gesundheitsberufe herausgegeben. Demnach soll die Anzahl der Pflegenden mit Hochschulabschluss auf 10 bis 20 % ansteigen. Gemeint ist hierbei nicht der Anteil an Beschäftigten im Pflegemanagement oder in der Pflegepädagogik, die schon lange mit Diplom-, Bachelor- oder Masterabschlüssen im Gesundheitsdienst tätig sind, sondern der Anteil an Absolventinnen und Absolventen von grundständigen Pflege-Studiengängen, die unmittelbar die Versorgung von Patienten und Patientinnen sowie Bewohnern und Bewohnerinnen übernehmen.

In Bayern begann der Weg in eine solche Akademisierung der Pflegeberufe vor fünf Jahren. Die Hochschule München startete im Wintersemester 2008 das erste duale Angebot in Bayern, die Katholische Stiftungsfachhochschule folgte im Jahr 2009. Beim dualen Angebot wird ein Hochschulstudium mit einer Ausbildung kombiniert. Die ersten Absolventinnen und Absolventen bayerischer Hochschulen werden im Frühjahr 2013 mit dem Abschluss Bachelor of Science die Hochschule verlassen.

Studienmöglichkeiten im dualen Pflegestudium in Bayern

München:

Hochschule München
Katholische Stiftungsfachhochschule

Nürnberg:

Evangelische Hochschule Nürnberg

Regensburg:

Hochschule Regensburg

Die Anzahl der Studienplätze pro Jahr schwankt je nach Studienort zwischen 30 und 50.

Es ist damit offensichtlich, dass die vom Wissenschaftsrat geplante Akademisierungsquote von minimal 10 % in den nächsten 50 Jahren bei den bisherigen Verhältnissen nicht erreichbar ist. Daher ist ein deutlicher Ausbau dualer Pflegestudienangebote in den nächsten Jahren zu erwarten.

Beweggründe für die Einrichtung des dualen Studienangebotes

Wesentlicher Grund für die Etablierung der dualen Studienangebote ist die Verbesserung der Versorgungsqualität von Patienten und Patientinnen sowie Bewohnerinnen und Bewohnern. Die Anforderungen an die Pflege werden immer komplexer. Pflegebedürftige brauchen Lotsen durch das Dickicht der Gesundheitsangebote und der mündige Patient bzw. die mündige Patientin brauchen mehr denn je Anleitung und Beratung. Für die Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen sind erweiterte Kenntnisse über das Gesundheitssystem sowie

wie über die rechtlichen und politischen Vorgaben notwendig. Es ist ein wesentliches Ziel der dualen Pflegestudiengänge, die Studierenden auf die Bewältigung dieser Aufgaben vorzubereiten. Gleichzeitig sind sie dann als »Reflective Practitioner« in der Lage, pflegerisches Erfahrungswissen und die Ergebnisse von Forschungsarbeiten am konkreten Fall zusammenzuführen.

Ein weiteres Argument ist der Imagegewinn für den Pflegeberuf. Mit der Akademisierung der Pflege bietet der Pflegeberuf erweiterte Karrierechancen und akademisch gebildete Pflegenden können mit anderen akademischen Professionen, z. B. Ärzten und Ärztinnen, auf gleicher Augenhöhe agieren und kommunizieren. Besonders Personen mit Hochschulzugangsberechtigung denken selten an eine



Ausbildung in der Pflege. Wohl auch deshalb, weil mit den klassischen Hierarchiestufen im Krankenhaus auf der Ebene der Pflegedienstleitung die Karriere zu Ende war. Mit der Möglichkeit eines Studiums ergeben sich für diese Personen auch Möglichkeiten, eine wissenschaftliche Karriere bis hin zur Promotion und Habilitation zu verfolgen. Im Vergleich zum bisherigen Pflegestudium (Pflegemanagement, Pflegepädagogik), das neben der Hochschulzugangsberechtigung eine Pflegeausbildung und praktische Erfahrungen vorsah, kann heute nach nur dreieinhalb bis viereinhalb Jahren ergänzend zum pflegerischen Staatsexamen ein Hochschulabschluss erreicht werden.

Studiengangskonzeptionen in dualen Pflegestudiengängen

Die bis zu einem Jahr abweichenden Studiendauern erklären sich durch unterschiedliche Kombinationsmöglichkeiten von Studium und Ausbildung. In Deutschland gibt es dazu keine einheitliche Regelung. Die Begriffsvielfalt (grundständig, primärqualifizierend, integrativ, additiv) ist verwirrend und erschwert die Vergleichbarkeit der Angebote. Kleinster gemeinsamer Nenner aller bundesweiten pflegespezifischen dualen Angebote ist die Verbindung von Studium und Ausbildung. Eine vorherige Pflegeausbildung ist also keine Voraussetzung für das Studium. Die Berufsausbildung wird durch die jeweiligen Berufsgesetze (Altenpflege, Gesundheits- und Kinderkrankenpflege, Gesundheits- und Krankenpflege) und entsprechende Ausbildungsverordnungen geregelt. Für das Hochschulstudium gelten die Hochschulgesetze. Diese ermöglichen eine individuelle Profilbildung einzelner Studiengänge. An der Katholischen Stiftungshochschule München gibt es beispielsweise einen gerontologischen Schwerpunkt, sodass die Absolventinnen und Absolventen mit dem Bachelorabschluss gleichzeitig eine Anerkennung als gerontopsychiatrische Fachkraft im Sinne des bayerischen Pflege-Wohnqualitätsgesetzes erlangen.

Herausforderungen beim dualen Studium

Derzeit wird die berufliche Einmündung der Absolventen und Absolventinnen stark diskutiert. Die dazu durchgeführten Fachtagungen zeigen, dass es hier vielfältige Konzepte für den Einsatz der akademisch qualifizierten Pflegekräfte gibt, z. B. als Stabsstelle Pflegeforschung, im Casemanagement oder in der Patientenberatung. Die Tarifstruktur ermöglicht schon heute verbesserte Eingruppierungen. Die Pflegedienstleitungen von Universitätsklinika haben sich jüngst zu einer Höhergruppierung der akademischen Pflegenden bekannt. Die angespannte Personalsituation in der Pflege wird es den Absolventinnen und Absolventen leicht machen, einen inhaltlich und finanziell angemessenen Rahmen auszuhandeln.

Die Dualität des Studiums und die unterschiedlichen gesetzlichen Grundlagen zwingen zu einer intensiven Ab-

stimmung der Bildungsorte. Die Autonomie der Hochschule und die Freiheit der Lehre sind durch die engen Vorgaben der Berufsgesetze eingeschränkt. So führt beispielsweise die Verpflichtung zur Anwesenheitskontrolle in der Hochschullehre immer wieder zu Konflikten. Einerseits ist dies notwendig, da die hochschulische Bildung für die theoretische Ausbildungszeit angerechnet wird, andererseits widerspricht die Anwesenheitskontrolle der Idee eines selbstgesteuerten Lernens an der Hochschule. Eine Lösung dieser Probleme scheint durch das im März veröffentlichte Eckpunktepapier der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Weiterentwicklung der Pflegeberufe in Sicht. Diese Arbeitsgruppe hat Vorschläge für die Reformation der Pflegebildung formuliert. So wird angeregt, dass an den Hochschulen eine eigenständige akademische Ausbildung ermöglicht werden soll, ohne Beteiligung einer Berufsfachschule.

Ein weiteres Problemfeld sind fehlende fachspezifische Master- und Promotionsangebote in Bayern. Bis heute gibt es in Bayern keinen pflegewissenschaftlichen universitären Lehrstuhl.

Schlechte finanzielle Ausstattung für die Forschung

Damit im Zusammenhang steht die unzureichende Mittelausstattung für pflegerische Studiengänge. Die Absolventinnen und Absolventen, die an einer wissenschaftlichen Karriere interessiert sind, benötigen Beschäftigungsoptionen an der Hochschule. Leider fehlt es hier jedoch an einer entsprechenden Mittelausstattung. Besonders deutlich wird dies an den Summen, die für Forschung genutzt werden können. Während in Bayern pro medizinischer Professur pro Jahr 408.000 Euro (CHE; 2009) zur Verfügung stehen, sind es für die Professuren in den Pflege- und Gesundheitsberufen im Durchschnitt nur 18.260 Euro (Adler, 2010). Damit ist die größte Berufsgruppe im Gesundheitswesen im akademischen Bereich gegenüber unzähligen medizinischen Professuren sehr schlecht ausgestattet und wissenschaftliche Mitarbeiter- und auch Mitarbeiterinnenstellen fehlen. In deren Folge können letztlich auch ausgeschriebene Stellen für Pflegeprofessuren gerade in Bayern nur sehr schwer besetzt werden.

**von Prof. Dr. phil. Dipl.-Psych.
Bernd Reuschenbach**

*Professur für gerontologische Pflegewissenschaft und
Qualitätsmanagement in München*



Literaturhinweise:

CHE (2009): Das CHE-Forschungsranking deutscher Universitäten. http://www.che-ranking.de/downloads/CHE_AP130_Forschungsranking_2009.pdf

Adler, G. & von dem Knesebeck, J. H. (2010): Gesundheitsfachberufe. Auf akademischen Wegen. Deutsches Ärzteblatt, 107, 9. A 38-A 390



»... den strengen Regelungen entfliehen«

Die Ludwig-Maximilians-Universität München gibt Anleitungen für Lohndumping

Am 9. September 2011 fand im Holiday Inn zu Düsseldorf unter dem Motto »Freie Industriedienstleistungen als Alternative zur regulierten Zeitarbeit« eine bemerkenswerte Veranstaltung statt. Anwesend waren rund 130 TopmanagerInnen von Unternehmen wie Deutsche Bahn, Bosch, BMW, Metro, Porsche, Siemens und BASF sowie Zeitarbeitsunternehmen wie Manpower und Randstad. Auch die Unternehmensberatung KPMG war vertreten. All diese UnternehmensvertreterInnen wurden von einer profitablen Verheißung angezogen: der Möglichkeit, mittels Werkverträgen die Löhne noch weiter zu senken.

LMU lädt zur Lohndumping-Tagung

Eingeladen hatte nicht irgendeine Unternehmensberatung, sondern das der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) angeschlossene »Zentrum für Arbeitsbeziehungen und Arbeitsrecht« (ZAAR). Die ZAAR-Tagung gab konkrete Bedienungsanleitungen für Lohndumping. Professor Rieble, der Leiter des ZAAR, verkündete in seiner Eröffnungsrede, es gäbe noch profitablere Möglichkeiten als Zeitarbeit. Professor Giesen, ebenfalls vom

ZAAR, versprach, dass es Chancen gebe, arbeitsrechtliche Regelungen noch mehr auszuhebeln. Wie funktioniert das? Anstatt Beschäftigte selbst einzustellen – ob nun fest oder als LeiharbeiterInnen –, wird die entsprechende Arbeit komplett an eine andere Firma vergeben, von der diese Dienstleistung dann einkauft wird, meist zum Pauschalpreis. Für die Löhne der Beschäftigten ist dann dieses externe Unternehmen zuständig.

Eine detaillierte Bedienungsanleitung lieferte auf der ZAAR-Tagung die Juristin Natalie Oberthür. Sie erklärte, wo die Vorteile von Werkverträgen liegen, mit denen Firmen bestimmte »Leistungskontingente« (sog. »Werke«) bei Subunternehmen einkaufen können. Sie gab Anleitungen, wie Leiharbeitsverträge in Werkverträge umzuwandeln sind, ohne dass Gewerbeordnung, Bürgerliches Gesetzbuch und Arbeitsrecht dem im Wege stünden.

In der Tat haben die Unternehmer dadurch enorme Vorteile: Es gibt keinerlei »equal pay«. Im Rahmen eines Werkvertrags brauchen weder die Gleichbehandlungspflichten noch die Bestimmungen zum Entgeltsschutz von LeiharbeiterInnen eingehalten werden. Über Preisvorgaben an Fremdfirmen lässt sich die Arbeit viel billi-

ger einkaufen als beim Einsatz von LeiharbeiterInnen. Ein Hauptpunkt ist die weitgehende Ausschaltung der Mitbestimmung des Betriebsrats bzw. Personalrats.¹ Die anwesenden UnternehmensvertreterInnen waren hellauf begeistert. Die Anmerkung von Professor Rieble am Ende seines Vortrags, dass er kein Unternehmensberater sei und nur die Gesetzeslage erörtere, »geht im Lachen fast unter.« (»Die Zeit«, 8.12.2011) Rieble und das ZAAR-Institut wissen sich dabei einig mit der herrschenden Politik. Die Regierung ließ am 20.11.2011 zur Düsseldorfer Tagung verlauten: »Kein Handlungsbedarf.«

Wie aber kommt die juristische Fakultät der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität dazu, eine UnternehmerInnen-Tagung auszurichten, bei der es darum geht, so Rieble, »strengen Regelungen« des Arbeitsrechts zu entfliehen?

Institut für UnternehmerInnen-Interessen im öffentlich-rechtlichem Mäntelchen

Drei Unternehmerverbände haben vor einigen Jahren mit einer Stiftung von 55 Millionen Euro das Institut ZAAR aus dem Boden gestampft.² Ihm wurde vom bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst der Status einer wissenschaftlichen Einrichtung an der Ludwig-Maximilians-Universität München verliehen als sogenanntes »An-Institut«.

Das ZAAR behauptet in seiner Selbstdarstellung, unabhängig zu sein. In Wirklichkeit betätigt sich das ZAAR als Service-Institut für Kapitalinteressen. Das zeigt nicht nur besagte Veranstaltung in Düsseldorf. So betreibt das ZAAR ein Forschungsprojekt, das der Frage nachgeht, unter welchen Umständen Beschäftigten mit besonderem Kündigungsschutz außerordentlich gekündigt werden kann, z. B. Mitgliedern des Betriebs- oder Personalrats.

Bis Ende 2010 publizierte das ZAAR »Tagespolitische Kolumnen und Beiträge«, die von Universitätsprofessor Volker Rieble verfasst wurden, der einen Lehrstuhl für Arbeitsrecht und Bürgerliches Recht innehat.³ Bezeichnend sind Titel wie »Mehr Spaß ohne Tarif«.

Das ZAAR sieht seine Aufgabe offenbar darin, Impulse für »zeitgemäße« soziale und wirtschaftliche Verschärfungen zu geben. Im März 2010 begeisterte sich Professor Rieble im Titel einer Kolumne für »Mehr Zeitarbeit!«. Da das Bundesarbeitsgericht den Betriebsräten – wie er bedauernd meint – »eine neue Waffe gegen den Einsatz von Zeitarbeitnehmern in die Hand gegeben« habe, hat eine Kolumne des Professors im Dezember 2010 bereits den Ti-

tel »Dienstleistung statt Zeitarbeit«. Darin heißt es: »Wird die Zeitarbeit erschwert, so öffnen sich Überlaufventile in andere Formen arbeitsteiligen Wirtschaftens. Industriedienstleister bieten eine der Zeitarbeit durchaus ähnliche Leistung an.«

Lohnsenkungen und soziale Unsicherheit

ver.di schätzt, dass die Zahl der Betroffenen allein im Dienstleistungsbereich in die Hunderttausende geht (»Die Zeit«, 8.12.2011). Dieses Vordringen der Werkverträge zeigt sich auch in der Industrie. Laut einer aktuellen Umfrage der IG Metall geben über ein Drittel der rund 5.000 befragten Betriebsräte an, dass in ihren Unternehmen Werk- und Dienstverträge eingesetzt werden. So befinden sich unter den 12.000 Beschäftigten des Bosch-Werks in Stuttgart nur 60 LeiharbeiterInnen, dafür aber 2.000 KollegInnen von Subunternehmen, die über Werkverträge tätig sind (siehe »Frankfurter Rundschau« 12.2.2012).⁴

Auch Siemens ist ein Beispiel. 2009 wurde eine Vereinbarung mit dem Gesamtbetriebsrat abgeschlossen. Demnach haben LeiharbeiterInnen nach 18 Monaten Anspruch auf eine Festanstellung und damit den vollen Tariflohn. Um das auszuhebeln, setzt Siemens seit Anfang 2012 z. B. im Nürnberger Lieferzentrum auf Werkverträge. Kurz bevor die rund 150 LeiharbeiterInnen ihre versprochene Festanstellung bekamen, kündigte Siemens den Vertrag mit der Leiharbeitsfirma. Zugleich schloss Siemens einen neuen Vertrag ab, nämlich einen Werkvertrag mit einem Logistikunternehmen (siehe »Monitor«, 2.2.2012).

»Auch der Gegner wird ziehen«

Rieble vergleicht die Auseinandersetzung um Löhne und Sozialbedingungen mit einem Schachspiel. Die Werkverträge wurden auf der ZAAR-Tagung in Düsseldorf als neuester Zug der Unternehmen vorgestellt. »Aber auch der Gegner wird ziehen«, gibt er auf der Konferenz zu bedenken. »Man muss heute schon überlegen, mit welcher Antwort man in drei bis fünf Jahren rechnen muss« (zitiert nach »Die Zeit«, 8.12.2011). Die »Gegner«, das sind gerade auch GewerkschafterInnen und Betriebsräte.

Wir, die »Gegner«, tun gut daran, uns zu überlegen, wie wir unsererseits all diesen Machenschaften entgegentreten und mehr Druck dagegen machen können. Das möglichst breite Bekanntmachen des Treibens dieser Herrschaften an der LMU und darüber hinaus gehört dazu.

¹ Genauer siehe dazu: Jürgen Ulber: »Werkverträge: Wenn Arbeitgeber die Lohnuntergrenzen in der Leiharbeit umgehen«. In: Gute Arbeit. Zeitschrift für Gesundheitsschutz und Arbeitsgestaltung 6/2012 (auch im Internet). Darin gibt es auch eine Reihe von rechtlichen Hinweisen für den Widerstand von Betriebs- und Personalräten gegen Lohndumping mittels Werkverträgen.

² Das Geld für das ZAAR kam vom Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie, dem Verband der Metallindustrie Baden-Württemberg und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie. Im Stiftungsrat, Kuratorium und Beirat des ZAAR sind Vertreter von Siemens, Bosch, Verein der Bayerischen Chemischen Industrie usw.

³ Nachzulesen ist dies auf der Uni-Homepage: <http://www.zaar.uni-muenchen.de/forschung/publikation/kolumnen/index.html>.

⁴ Auch im Bildungsbereich ist die Thematik schon angekommen, wie der Konflikt um den Einsatz von rund 10.000 Honorarkräften an Ganztageschulen in Niedersachsen zeigt. (Siehe GEW-Privatisierungsreport 12, S.19 ff).

von Dr. Wolfgang Häberle

Lehrer an der FOS/BOS Aschaffenburg
Mitglied der DDS-Redaktion



Hochschulen als »Handlungsinstrumente« der Politik

Warum die Zivilklausel unerlässlich ist für demokratische Forschung und Lehre



Die chronische Unterfinanzierung der Bildung ist politisch gewollt ...

Seit der Föderalismusreform 2006, bei der die Finanzierung von Schulen und Hochschulen zur Ländersache erklärt wurde, sind diese chronisch unterfinanziert. Heute müssen sich Hochschulen zu einem Viertel aus Geldern finanzieren, die wie die Milliarden der Exzellenz-Initiative im Wettbewerb vergeben werden: Geforscht wird, was Geld und Gewinn bringt.

Das Geld des Bundesministeriums der Verteidigung bekommt man für Kriegsforschung: 1,1 Milliarden Euro hat die Bundesregierung nach eigenen Angaben 2008 für die Militärforschung an Hochschulen gezahlt. An 27 Hochschulen in zehn Bundesländern wurden bundeswehrrelevante und wehrtechnische Forschungsaufträge gegeben. Tendenz steigend. Darüber hinaus findet eine Indienstnahme von universitären Forschungseinrichtungen durch die Rüstungsindustrie statt. In Freiburg ist die Universität an der Entwicklung des Bundeswehr-Transportflugzeuges Airbus A400M beteiligt, die Universität Stuttgart forscht für das Unternehmen Eurocopter.

... und führt zur Militarisierung der Hochschulen

Der Jahresumsatz der bayerischen Rüstungsindustrie mit ca. 6,5 Milliarden Euro macht ein Drittel der bundesweiten Rüstungsproduktion aus. Dementsprechend sind auch ihre Einflussnahme und die Vereinnahmung der Forschungsinstitute der Universitäten.

So hat Eurocopter an der Technischen Universität München einen eigenen Lehrstuhl für Hubschraubertechnologie. Die 2010 gegründete Fakultät Munich Aerospace ist ein Verbund von Bundeswehruniversität, der TU München, dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt e. V. (DLR),

der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) sowie MTU. Die Pressemitteilung lässt verlauten, dass hier »die größte nationale Forschungsdichte entsteht«¹. Die Universität Augsburg soll durch einen Rüstungspark vor ihren Toren vereinnahmt werden: Auch hier spielt EADS, und zwar in Form von Cassidian, der Rüstungssparte von EADS, die führende Rolle². Sprecher des Kompetenzausschusses des sogenannten Innovationsparks in Augsburg ist der TU-München-Professor Manfred Hirt, aktiver Vizepräsident des Förderkreises Deutsches Heer, eines Interessenverbandes für die Rüstungsindustrie.

In Bayern findet an der Uni Erlangen-Nürnberg, an der TU München, an der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München, an der Uni Passau, an den Unis Regensburg, Würzburg und Augsburg militärrelevante und wehrtechnische Forschung statt. Was geforscht wird, unterliegt der Geheimhaltung.

Außenpolitische Interessen und die Nutzung von »Handlungsinstrumenten«

»Niemand sollte glauben, dass ein weiteres halbes Jahrhundert Frieden und Wohlstand in Europa selbstverständlich ist. Es ist es nicht!« so Angela Merkel am 26. Oktober 2011 vor dem Europäischen Rat und dem Euro-Gipfel im Deutschen Bundestag³. Und in den Verteidigungspolitischen Richtlinien vom Mai 2011 wurde schon deutlich formuliert: »Deutschland ist bereit, als Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität zur Wahrung seiner Sicherheit das gesamte Spektrum nationaler Handlungsinstrumente einzusetzen. Dies beinhaltet auch den Einsatz von Streitkräften.«⁴ Die Bundeswehr soll weltweit zum Einsatz gebracht werden für den ungehinderten Zugang zu Märkten und zur Rohstoffsicherung. Ziele, die der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler offen aussprach und dafür seinen Hut nehmen musste.

Militärrelevante Sicherheitsforschungsprogramme an 48 Hochschulen wurden Ende 2010 vom Bundesverteidigungsministerium unter Geheimschutz gestellt. Von der im Grundgesetz garantierten Freiheit von Forschung und Lehre ist somit nicht mehr viel übrig geblieben.

¹ Vgl. die »Zielvereinbarung« zwischen der TU München und dem bayerischen Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst, die der Pressemitteilung zugrunde liegt: www.stmwfk.bayern.de/Hochschule/pdf/zv09_uni-TUM.pdf

² In welcher Rolle sich EADS/Cassidian sieht, macht bereits der Slogan des Unternehmens deutlich: Cassidian – Defending World Security: www.cassidian.com/de/our-organisation

³ Merkels Rede kann nachgelesen werden unter: www.euractiv.de/284/artikel/merkels-euro-rede-scheitert-der-euro-dann-scheitert-europa-005550

⁴ Vgl. www.bmvg.de/.../Verteidigungspolitische%20Richtlinien%20

In alter Tradition ...

In Friedberg, Bayern, kämpfen Eltern und Lehrkräfte gerade dafür, dass ihre Schule den Namen »Wernher von Braun« ablegt, »den Namen eines SS-Obersturmbannführers, Erbauer der Vernichtungswaffe V2 und aktiver Teilhaber an der Menschenvernichtungsmaschinerie des Naziregimes. Allein bei der Herstellung seiner Vernichtungswaffe V2 starben 20.000 Zwangsarbeiter im KZ Mittelbau Dora. Kinder und Jugendliche brauchen andere Vorbilder: Menschen, die ihnen Orientierung geben und humanitäre Werte vermitteln. Menschen, die Verantwortung für ihr Handeln übernehmen und Zivilcourage zeigen.« So der Text zur Unterschriftensammlung »Weg mit dem Schulnamen »Wernher von Braun«». ⁵

Im März 2012 fand an der TU in Garching innerhalb einer Veranstaltungsreihe des Forum Munich Aerospace ein Festkolloquium anlässlich des 100. Geburtstages von Wernher von Braun statt. So stellt sich die TU München mit dem Forum Munich Aerospace und ihrer Militärforschung in die Tradition eines rückgratlosen Opportunisten, der von Anfang an den Hitlerfaschismus unterstützt hat. Genauso wie die im März 2012 gegründete »Fakultät Bavarian International Campus Aerospace and Security«, ein Forschungsverbund der TU München, der Bundeswehruniversität, des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt e.V., EADS und MTU. Die Forschungseinrichtung soll in Ottobrunn

Der Bundeskongress von ver.di hat 2011 in Leipzig beschlossen:

Zivilklausel für alle Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Schulen

Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Schulen haben dem Frieden, der Verständigung unter den Völkern und der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen zu dienen. Da die ständig fortschreitende Militarisierung das ganze Gegenteil bewirkt, ist es höchste Zeit, sich dieser Entwicklung entschieden entgegenzustellen.

Ein wichtiges Mittel dazu ist die institutionelle Verankerung einer Friedensbindung, wonach Forschung und Lehre auf ausschließlich friedliche und zivile Zwecke zu beschränken sind (Zivilklausel). Die Zivilklausel ist in Landeshochschulgesetzen, Verfassungen bzw. Grundordnungen der Universitäten und Hochschulen zu verankern.

Alle DGB-Gewerkschaften sind aufgerufen, dazu entsprechende Initiativen zu ergreifen und Studierende, Lehrende und Beschäftigte dafür zu motivieren.

An den Schulen wendet sich ver.di besonders gegen die Anwerbung von Schülerinnen/Schülern für die Bundeswehr durch sogenannte Jugendoffiziere.

ver.di appelliert an alle Mitglieder in den Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Schulen aktiv zu werden und unterstützt insbesondere alle Universitätsangehörigen, die sich verpflichten, nicht an militärischen oder zivilmilitärischen Forschungsprojekten mitzuwirken.

auf dem Gelände entstehen, auf dem die Firma Messerschmitt im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums unter Hermann Göring 1939 mit dem Bau der Luftfahrtforschungsanstalt München begann. Ein eigens errichtetes Außenlager des KZ Dachau lieferte für den Bau ab 1944 bis zu 900 Häftlinge, die dort Zwangsarbeit leisten mussten. Erst 2001 wurde ein Denkmal für die ZwangsarbeiterInnen in Ottobrunn errichtet.

Zivilklauseln an Hochschulen: Die Initiative der Studierenden ist wichtig

Diese Entwicklung lässt erahnen, welche Eliten an unseren Universitäten wieder herangezüchtet werden sollen und was mit Spitzenforschung gemeint ist.

Dagegen haben Studierende an mittlerweile Dutzenden Universitäten Initiativen gegründet, die versuchen, eine Zivilklausel in die Grundordnung ihrer Hochschule einzufügen. Durch eine Zivilklausel wird festgeschrieben, dass Forschung, Lehre und Studium nur nicht militärischen Zwecken dienen dürfen. Es soll ausschließlich für friedliche und zivile Zwecke geforscht werden. Die Bewegung verzeichnet erste Erfolge: An den Universitäten Tübingen und Rostock wurden Zivilklauseln in die Grundordnungen aufgenommen. Konstanz, Dortmund und Oldenburg haben bereits seit langer Zeit eine Klausel gegen Kriegsforschung. In Bremen wurde jüngst eine seit 1986 bestehende Zivilklausel gegen den Satellitenhersteller OHB verteidigt, der die Universität zur Abschaffung der Friedensbindung drängte. In Karlsruhe, Köln und Frankfurt am Main gab es ein klares Votum der Studierendenschaft für die Zivilklausel bei Urabstimmungen. In Augsburg sprachen sich 77 % der Studierenden auf einer Vollversammlung Ende Juni 2012 für eine Zivilklausel aus.

von Renate Bayer

Personalrätin an der TU München und dort Vertrauensfrau von ver.di sowie Betriebsgruppensprecherin ver.di-Bayern-Vorstandsmitglied im Fachbereich Bildung



Bundesweite und bayerische Initiativen der GEW für die Zivilklausel:

www.gew.de/bundeswehr.html

www.gew.de/Zivilklausel_an_Hochschulen_und_Forschungseinrichtungen.html (Hier finden sich zahlreiche Links zum Thema)

www.gew.de/Unterrichtsmaterialien_2.html#Section42961

www.gew.de/GEW-Landesverbaende_zum_Thema_Bundeswehr_und_Schulen.html

www.gew-bayern.de/index.php?id=486

Arbeitskreis Friedliche Schule und Hochschule im Stadtverband München. Kontakt für Info oder Abo der Rundmail: friedliche.schule@gew-muenchen.de Treffen an jedem 1. Schulmontag, 17.00 Uhr im DGB-Haus

⁵ Weitere Infos zu der Initiative unter: <http://www.ipetitions.com/petition/wernhervonbraun/>

Irgendjemand zu Hause?

Das Kultusministerium überlässt die Schulen dem Chaos



Selten hat es vor und in den Sommerferien ein derartiges Chaos im Kultusministerium gegeben wie in diesem Sommer. Dass Lehrkräfte im Ministerium ab Anfang Juni niemanden telefonisch erreichen, ist eine langjährige Tradition. Dass aber selbst SchulleiterInnen nicht durchkommen, das ist neu. Es hat sich anscheinend das halbe Ministerium ab Anfang Juli in den Jahresurlaub begeben, zu einer Zeit, in der Personalplanung und Stellenvergabe zu leisten sind. Reihenweise schienen AbteilungsleiterInnen nicht erreichbar zu sein, hatten ihre Stellung gekündigt oder waren versetzt worden. Zu allem Überfluss wurden kurzfristig Bescheide erlassen, die bei den Schulleitungen nur noch Entsetzen hervorriefen: An den Mittelschulen hieß es kurz vor den Ferien, der Berechnungsschlüssel für die Stellenzuweisungen enthalte einen Fehler, die Planungen müssten umgeschmissen werden. Für die Gymnasien wurde im Juli ein mögliches »Intensivierungsjahr« ins Spiel gebracht. Wie die konkrete Umsetzung – vor allem an kleineren Schulen – aussehen sollte, das hatte wohl noch kein Verantwortlicher überlegt. Im Bereich berufliche Schulen wurden Anfang September alle bereits unterschriebenen Jahresverträge für null und nichtig erklärt. Im Regelfall wurden sie zwar neu ausgestellt, neu unterschrieben und erneut ans Ministerium weitergeleitet. Was für ein Aufwand aber bei durchschnittlich zehn solcher Verträge pro Schule bei knapp 90 Schulen!

Personalplanung ausgesetzt?

In Sachen Personalversorgung ist das Ministerium schon lange keine Hilfe mehr. Je nach Schulart wird es mehr und mehr den Schulleitungen in Eigenverantwortung übertragen, Mathe-, Physik-, Kunst- und LateinlehrerInnen zu rekrutieren – es gibt nämlich keine ausgebildeten!

Die fertigen Grundschullehrkräfte oder viele ReferendarInnen für Gymnasien mit anderen Fächerverbindungen dagegen stehen auf schier endlosen Wartelisten und haben kaum eine Perspektive auf eine Festanstellung beim Freistaat. Letztere werden auf die Möglichkeit verwiesen, Jahresverträge an Real- und Hauptschulen zu übernehmen, mit dem dazugehörigen Gehalt!

Warum also bei einem derartigen Chaos nicht einfach die Reset-Taste drücken?

»Reformen« und ihre Folgen

Die bayrische Bildungspolitik ist einmal mehr am Ende. Sämtliche Reformen der letzten 20 Jahre haben die Ausgangsbedingungen für SchülerInnen und LehrerInnen kaum verbessert. Ein wenig durchlässiger ist das System geworden, über 40 % der »Studienberechtigungen« (also Abitur und Fachabitur) erhalten die jungen Menschen nicht mehr am Gymnasium. Die Quote derjenigen, die die Schulen ohne irgendeinen Abschluss verlassen, ist leicht gesunken, sie ist aber immer noch viel zu hoch. Ein paar Plätze ist Bayern bei PISA hochgeklettert, es liegt aber immer noch hinter Österreich – ganz abgesehen vom Sinn solcher Rankings.

Die bayrische Staatsregierung hält sich immer zugute, vorausschauend zu denken und zu handeln. In der Bildungspolitik - und in der Familienpolitik! – ist sie aber hoffnungslos rückwärtsgewandt. Verzweifelt hält sie am Schulsystem des 19. Jahrhunderts fest, verzweifelt reformiert sie hier und da und betreibt kosmetische Korrekturen. Sehr gute SchülerInnen, argumentiert sie, können ja von der Hauptschule sogar ins Gymnasium wechseln – allein, es sind nur ein paar wenige pro Schuljahr.

In den nächsten Jahren und Jahrzehnten werden die nordöstlichen Landkreise Bayerns massiv von Abwanderung betroffen sein. Bereits jetzt werden hier immer mehr Grundschulen geschlossen. Immer mehr Schulen schließen sich letztlich gezwungenermaßen zu Mittelschulen zusammen. Immer mehr Gymnasien kämpfen gegen SchülerInnenrückgang und damit gegen die drohende Schließung. Die nächste Grundschule wird für tausende Kinder bald mindestens zehn Kilometer entfernt sein, die nächste weiterführende Schule möglicherweise gar 30 Kilometer. Was sollen das für Ausgangsbedingungen für gelingendes Lernen sein, wenn Kinder und Jugendliche um fünf Uhr aufstehen müssen, damit sie um acht Uhr in der Schule sind? Eine Lösung hierfür und eine Notwendigkeit ist die Neustrukturierung des Schulsystems: Es müssen existenzfähige Schulen vor Ort geschaffen werden, das funktioniert nur über die Zusammenfassung möglichst vieler SchülerInnen, sprich aller Schularten bis zur Oberstufe! Ob sich das dann Regionalschule, Gemeinschaftsschule oder »Eine Schule für alle« nennt, ist dabei vollkommen egal. Entscheidend ist, dass auch in Bayern, ähnlich wie in vielen anderen Bundesländern und wie in fast allen anderen europäischen Ländern und z. B. auch in den USA, Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen, mindestens bis zur 9., sinnvollerweise bis zur 10. Klasse. Die GEW vertritt diese Posi-

tion seit Langem. Unsere Argumente sind klar. Wir müssen sie in den nächsten Monaten aber auch verstärkt in die Debatten im Wahlkampf tragen. Auch bei den letzten Landtagswahlen hat das Thema Bildung eine wichtige Rolle gespielt. 2013 werden sich viele Eltern auch genau überlegen, welche Parteien sie wählen.

Es gibt viel zu tun für die GEW

Die Aufgabe der GEW ist es allerdings ebenso, sich Gedanken über die konkrete Umsetzung der »Einen Schule für alle« zu machen, vor allem im Hinblick auf deren Auswirkungen auf die Lehrkräfte. Daran, wie der Inklusionsauftrag umgesetzt wird, sehen wir derzeit, dass aus einer guten Idee schnell eine Verschlechterung unserer Arbeitsbedingungen werden kann, wenn die nötigen finanziellen Ressourcen nicht bereitgestellt werden.

Die Arbeit des Ministeriums weiterhin zu kritisieren, ist die eine Aufgabe. Die andere ist es aber, unsere eigenen Konzepte weiterzuentwickeln und zu konkretisieren.



Anna Forstner
FOS/BOS Straubing
Vorsitzende des örtlichen Personalrats
annamforstner@web.de



Foto: Robert Michel

Leserbrief zum Artikel von Oli Manger »Erklärungen für eine komplexe Welt« in der DDS vom Juli/August 2012

Es ist nicht meine Absicht, Oli Manger bzw. seinen Beitrag pauschal als unzutreffend anzugreifen, denn ein ganz leichter kritischer Beiton über die Inhalte von »Wirtschaft und Recht« ist trotz allem herauszuhören. Jedoch wird die fehlende »Sinnhaftigkeit« und *Abweichung* der Wirtschafts- und Rechts-Realität von *Theorie und Lehrinhalten* einer »komplexen Welt« sowie dem »Ringeln der Deutung der Zeichen« und den hieraus folgenden »notwendigen Maßnahmen« untergeschoben!

Die Materie ist ja auch so komplex und bedarf des »Rüstzeuges einer ökonomischen Bildung« (damit vielleicht unsere Kinder, wenn der Schuldenberg sie überfällt, endlich verstehen, was das »Rüstzeug« den heute »Kenntnisreichen« offenbar immer noch nicht offenbart hat).

Dem setze ich entgegen: ZITAT: »Lassen Sie sich *kein X für ein U vormachen*, Wirtschaftswissenschaften sind *keine Wissenschaften*, sie sind mit Hilfe von der Wirtschaft eingekauften Lehrstühlen verbreitete radikale Gewinn-Ideologien! Ebenso wenig sind »Bankprodukte« nach *Definition überhaupt Produkte*, schon gar nicht mit irgendeinem realwirtschaftlichen (Gegen-)Wert.« Das sagte *Richard v. Weizsäcker, Präsident + CDU, a. D.* (...)

Aber wie steht es mit sog. Wirtschaftsinstituten, »Think-Tanks«, die sich bei näherer Betrachtung als *von der Wirtschaft finanzierte eingetragene Vereine* herausstellen, aber als »wissenschaftliche Einrichtungen« ausgeben? Wie steht es mit der simplen »Wirtschaftsfrage«, die Klein-Fritzchen sofort einfällt: Wenn die Aktien eines Unternehmens z. B. der Automobilindustrie steigen, weil der Vorstand blühende Landschaften und Gewinne für das kommende Jahr prognostiziert, dann ist doch weder der Grundstückswert der Liegenschaften gestiegen noch auch nur ein einziges Auto mehr verkauft worden. Dennoch kann auf einer Bank die Aktie höher beliehen werden und z. B. hierfür reale Produkte mit realem Gegenwert gekauft werden. Liegt es da nicht auf der Hand, dass die Bank diese Seifenblase so groß aufbläst, wie sie kann, denn die ist ja kostenlos zu bekommen. Und muss die Folge nicht sein, dass den Luftblasen kein realer Gegenwert gegenübersteht?

Wie steht es mit Klein-Ernas Frage, warum eigentlich unser Staat, dem ja auch die Bundesbank gehört, dort Geld fast ohne Zinsen an private Banken ausgibt, aber seine *eigenen Geldanleihen* dann bei den privaten Banken zu drei-, vier-, fünffach höheren Zinsen leiht, mithin durch Steuergelder die Gewinne der privaten Banken finanziert (ist das Planwirtschaft?). Oh ja, alles sehr komplex! Wirklich? Was die zukünftige Generation wirklich braucht, ist das *Rüstzeug, um Lüge von Wahrheit unterscheiden zu können*. Wir leben nicht,

wie einige behaupten, im Zeitalter der Information, sondern im *Zeitalter der gezielten Desinformation*. Was heißt z. B. »Entsorgung«? Muss ich mir keine Sorgen machen, wenn ich den Müll teurer loswerde? Ist er entsorgt? Wohin ist er entsorgt? Vielleicht nach Afrika? Oder die simple Frage: Ist ein Bankprodukt wirklich ein Produkt? Richtet es sich nach der Nachfrage? Welcher Nachfrage? Auf welchem Markt? Wer bietet an? Die Bank. Was bietet sie an? Was ihr am meisten Gewinn bringt. Ist dies das, was der Kunde auf dem Markt nachfragt? Ja, das ist alles sehr komplex. Wirklich? (...)

Wie wäre es, wenn man den Schülern die Frage nahebringt: *Wie kann ich Wahrheit von Lüge unterscheiden?* (...) Wenn es nur noch interessengeleitete Sachkompetenz gibt, d. h. keine unabhängigen, nur noch durch Arbeitsverträge der Wirtschaft gebundene Sachkenner, was ist die Folge für die Wahrheit?

Ist es wirklich pädagogisch erstrebenswert, dass Generationen von Schülern das vorgekaute dumme Zeug von sog. Wirtschaftsinstituten, das der Kaschierung von »Gewinnoptimierung« dient, daherbeten können und sich nicht trauen, selber folgerichtig zu denken? (...)

Was wir brauchen, ist *ein Wahrheits- und Realitätsunterricht, eine Art von Aufklärung*, die das »PISA-Volk« wieder eigenständig denken lässt, auch wenn das einigen nicht gefällt. (...)

von Dr. G. Bramm
München

(Dieser Leserbrief wurde von der Redaktion leicht gekürzt.)

Nicht weiter Neo-, sondern Ordoliberalismus

Sahra Wagenknecht gilt vielfach als verbohrt Linke, die nach wie vor utopische Ideale verfolgt. Wer ihre jüngste Veröffentlichung liest, wird diese Einschätzung schwerlich teilen können. Denn was die Autorin anbietet, ist wissenschaftlich grundsätzliche, hochaktuell und von verblüffender Klarheit.

Wagenknecht beginnt mit Ludwig Erhards »Wohlstand für alle«. Der damalige Wirtschaftsminister, Initiator des Wirtschaftswunders in den 1950er-Jahren, hatte umgesetzt, was Ordoliberaler wie Professor Müller-Armack und Walter Eucken lehrten: Ziel und Aufgabe der Wirtschaft ist es in erster Linie, reale Werte zu schaffen und das Sozialprodukt zu mehren, von dessen Zuwachs nicht nur UnternehmerInnen und bereits Wohlhabende profitieren. Damit der Wettbewerb funktioniert, hat der Staat für die Einhaltung wichtiger Rahmenbedingungen zu sorgen. So muss er z. B. verhindern, dass Großunternehmen entstehen, die das Marktgeschehen beherrschen, Konkurrenten verdrängen und Monopole aufbauen. Die soziale Marktwirtschaft verdankt ihre Existenz

dem staatlich geschützten Wettbewerb.

Die ordoliberalen Ideen eines Ludwig Erhard sind in Vergessenheit geraten. Sie mussten neoliberalen Prinzipien weichen. Gier und maximales Gewinnstreben, Privatisierung und Deregulierung stehen nun auf der Tagesordnung. Profite wandern in die Finanzmärkte, der Staat hält sich heraus. Folge: Die Eliten werden immer reicher, das Prekariat wächst. In der Bundesrepublik sind 99,8 Prozent aller Unternehmen kleine und mittelständische Betriebe, auf die lediglich noch ein Drittel der Umsätze fällt, während die 8.500 Großbetriebe, gerade mal 0,2 Prozent der Unternehmen, zwei Drittel der Umsätze erzielen.

Was schlägt Wagenknecht zur Entmachtung der Wirtschaftsgiganten vor? Großunternehmen, die den Markt beherrschen, dürfen nicht länger in Privatbesitz bleiben. Der Neoliberalismus, der sich angeblich für freien Wettbewerb und freie Marktwirtschaft einsetzt, tut ja genau das Gegenteil, betreibt lediglich Pseudowettbewerb. Ein Instrument zur Entflechtung und damit zur Wiederherstellung eines offenen Marktes mit echtem Wettbe-

Sahra Wagenknecht: *Freiheit statt Kapitalismus. Über vergessene Ideale, die Eurokrise und unsere Zukunft.* Campus-Verlag Frankfurt/New York 2012. 405 Seiten. 19,19 EUR. ISBN 978-3-593-39731-3



werb wäre nach Wagenknecht die erneute Einführung einer allgemeinen Vermögenssteuer auf Finanz- und Immobilienvermögen, zu zahlen an den Staat, und die Umwandlung von Betriebsvermögen in unveräußerliche Belegschaftsanteile. Ohne eine neue, nunmehr demokratische Eigentumsverfassung, ohne »Erhard reloaded«, steuert der Kapitalismus, davon ist Wagenknecht überzeugt, in die Katastrophe. Nach einer Umfrage der Uni Jena waren schon 2010 knapp 50 Prozent der Befragten der Auffassung, dass der Kapitalismus »die Welt zugrunde richtet«.

von Thilo Castner



Der LesePeter ist eine Auszeichnung der Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) der GEW für ein herausragendes aktuelles Buch der Kinder- und Jugendliteratur. Die ausführliche Rezension (mit pädagogischen Hinweisen) gibt es unter: www.AJuM.de (Datenbank) oder unter www.LesePeter.de

Im Oktober 2012 erhält den LesePeter das Jugendbuch

Gill Lewis: Der Ruf des Kulanjango Aus dem Englischen von Siggie Seuß
dtv • München 2012 • 232 S. • 12,95 EUR • ISBN 978-3-423-76045-4 • ab 12 Jahren

Schottland: Iona kommt neu in Callums Klasse. Sie freundet sich an und Iona zeigt Callum den Horst der Fischadler, den sie gefunden hat. Keiner darf den Ort wissen, denn die Eier der Fischadler sind auf dem Schwarzmarkt sehr begehrt. Dann erkrankt Iona und auch das Adlerweibchen verletzt sich schwer. Das Adlerweibchen kann gerettet werden, Iona nicht. Im Herbst zieht der Vogel in den Süden, wird aber elektronisch verfolgt. In Afrika droht ihm wieder Gefahr: Die alte Wunde hat sich entzündet. Doch das Internet macht's möglich: Eine kleine Afrikanerin rettet die Adlerin, dafür wird sie von Callums Dorf gerettet. Furios geschrieben, nicht nur für Naturfans!

RFID-Forschungsprojekt: Wer hat Mensa- oder Studikarten für den Verein zur Förderung des öffentlichen bewegten und unbewegten Datenverkehrs (FoeBuD)?

Der Verein FoeBuD braucht die Mithilfe von Studierenden für ein aktuelles Forschungsprojekt.

In vielen Mensa- und Studikarten sind nämlich RFID-Chips vorhanden, zum Bezahlen und zum Ausweisen. FoeBuD will diese Chips einmal genauer analysieren und auf Datensicherheit prüfen – und dabei die Karten von möglichst vielen verschiedenen Hochschulen vergleichen.

Die meisten Hochschulen verwenden üb-

Dies und Das

rigens nicht den Begriff »RFID«, sondern sprechen von einem »Mifare-Chip« – aus Angst vor Protesten.

Klar ist: Wenn der Ausweis kontaktlos funktioniert, dann ist auch ein RFID-Chip drin! FoeBuD freut sich über alle Einsendungen. Schreibt bitte die Hochschule dazu und welche Funktionen mit der Karte genutzt werden können. Auch wer seine Karte nur für ein, zwei Wochen entbehren kann, kann sie an FoeBuD schicken.

Die Karten werden nicht verändert oder be-

schädigt und FoeBuD sendet sie hinterher natürlich zurück. Die Aktion läuft bis Ende Oktober 2012.

Die Adresse zum Einsenden der Karten ist: FoeBuD e.V.

RFID-Forschungsprojekt
Marktstraße 18 • 33602 Bielefeld

Webseite zur Organisation:
<http://www.foebud.org>

Für Auslandsaufenthalt in Lyon im Herbst 2012 gibt es noch freie Plätze!

»takeoff« bietet jungen Menschen von 18 bis 27 Jahren aus Oberbayern, die sich im Übergang zwischen Schule und Ausbildung oder Ausbildung und Beruf befinden und

sich für künstlerisch-kreative und mediale Projekte/Berufe interessieren, die Möglichkeit, für ein bis drei Monate in Lyon Auslandsaufenthalte zu sammeln.

Nach einer vierwöchigen Vorbereitungszeit mit Sprachkurs, Kompetenzentwicklung und Berufsorientierung geht es ins Ausland. Durch die Vorbereitung und Arbeitserfahrungen in anderen europäischen Ländern erwerben die TeilnehmerInnen fachliche, interkulturelle und berufsbezogene Kompetenzen. Diese helfen dabei, den Anforderungen des heutigen Arbeitsmarkts zu entsprechen.

Die Vorbereitungsphase für Lyon beginnt im Oktober. Die Seminare finden in den Räumen des Euro-Trainings-Center München in der Sonnenstr. 12 statt.

Es fallen für die TeilnehmerInnen keine Kosten an – bis auf das Taschengeld im Ausland.

Weitere Infos und AnsprechpartnerInnen: www.takeoff-network.eu oder bewerbung@takeoff-network.eu
Tel. 0 89- 54 91 77 71

Christa Kanzog und Katharina Hauck

»Erinnerungsdiskurse und Menschenfeindlichkeit in Kirche und Gesellschaft«

Unter diesem Motto organisiert die »Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus« (BAGKR) am 23./24. November 2012 im Studienforum im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg eine bundesweite Ost-West-Konferenz. Damit bietet die BAGKR engagierten und interessierten Einzelpersonen und Initiativen ein spannendes Forum, um sich intensiver zu den Themen Demokratieförderung, Erinnerungskultur und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Geschichtsrevisionismus und Rassismus auszutauschen und fortzubilden. Hochkarätige ReferentInnen aus der Gedenkstättenarbeit, Migrations- und Rassismusforschung sowie der Erwachsenen- und Jugendbildung bieten Inputs und thematische Workshops an.

Das aktuelle Programm und ein Anmeldeformular (Anmeldeschluss ist der 2.11.12) gibt es unter:

www.bagkr.de/konferenz/programm/

Flossenbürg-Arbeitsgemeinschaft

Entstehung und Auswirkungen des NS-Systems am Beispiel von Flossenbürg erforschen und die Ergebnisse der Öffentlichkeit vermitteln – das ist die Aufgabe, die sich die 1986 gegründete »Arbeitsgemeinschaft ehemaliges KZ Flossenbürg e. V.« gestellt hat. Anfang der 80er-Jahre drängte sie zum ersten Mal darauf, in Flossenbürg politische Bildung zu betreiben und die Gedenkstätte auszubauen. Zur Geschichte des ehemaligen KZ-Geländes erarbeitete der Verein Diavorträge und Ausstellungen, außerdem

Dies und Das

eine eigene Führung. Unter dem Titel »Ihrer Stimme Gehör geben« ist eine Reihe von Publikationen mit Berichten überlebender ZeitzeugInnen erschienen. Mehr dazu und zu den Aktivitäten der Arbeitsgemeinschaft im Internet unter:

www.arge-kz-flossenbuerg.de

Neue GEW-Broschüre: »Schulsozialarbeit – Analysen, Berichte, Stellungnahmen«

Schulsozialarbeit ist nach Auffassung der GEW ein Angebot der Jugendhilfe in der Schule. In der gesetzlichen Normierung sind somit zwei Rechtsgebiete tangiert: das Jugendhilferecht und das Schulrecht. Ausgehend vom SGB VIII, dem Kinder- und Jugendhilfegesetz, haben die Länder die Schulsozialarbeit in unterschiedlicher Weise geregelt. In den Schulgesetzen der Länder finden sich zumeist nur spärliche Regelungen, zumeist in Verordnungen zur Regelung der Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Bislang gab es keine zusammenfassende Darstellung der Gesetzes- und Verordnungslage. Mit einer von Tina Aliche und Marius Hilkert im Auftrag der Max-Planck-Stiftung der GEW erstellten Expertise liegt nun erstmals eine Übersicht vor. An den Beispielen von Niedersachsen und Baden-Württemberg wurde die politische Entwicklung, wie sie sich in den rechtlichen Regelungen abbildet, nachgezeichnet. Der weitere Ausbau der Schulsozialarbeit wird, wenn er systematisch und dauerhaft greifen soll, auch davon abhängen, wie sich die Rechtssysteme entwickeln. Schulsozialarbeit muss im Jugendhilfe- und im Schulrecht als Regelleistung verankert werden.

Bestellmöglichkeiten gibt es auf der GEW-Homepage. Dort ist aber auch ein kostenloser Download der Broschüre möglich:

www.gew.de/Publikationen_Jugendhilfe.html

»Ich bin (k)ein Star – holt mich aus'm Käfig!«

Was in den bekannten Fernsehserien, an die sich dieser Titel anlehnt, kollektiv vorgespielt wird, kann sich in jedem einzelnen Mädchen und Jungen abspielen. Auch sie müssen oft ihre inneren »Käfige« überwinden lernen. Gehorsam, Unterordnung, Arbeitsdrang und Kritiksucht haben ihren Grund und Hintergrund. Die Ergänzung bzw. Überlagerung dessen kann durch Ausdrucksfähigkeit (Mimik, Gestik, Auftreten), rhetorische Fähigkeiten im Reden und Schreiben, Kommunikationsfähigkeit (auch im Dialog zwischen den Geschlechtern) geübt werden. Mit gestaltpädagogischen und -therapeutischen Übungen, Körper-, Theaterarbeit und Rhetorik werden in einem Seminar für Fachfrauen und Fachmänner Hil-

fen für den pädagogischen Alltag erarbeitet. Termin: 22.10.-24.10.2012, 9.30-17.00 Uhr
Anmeldung: umgehend
Kosten: 250 EUR

IMMA Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20
kontakt.informationsstelle@imma.de

Cross Work – geschlechtsreflektierte pädagogische Arbeit mit Mädchen und Jungen

In sozialpädagogischen Settings arbeiten Männer mit Mädchen und noch viel häufiger Frauen mit Jungen. Jede dieser Konstellationen hat ihren eigenen Wert. Für einen geschlechtsbewussten, professionellen Kontakt ist die grundlegende Basis die Auseinandersetzung mit eigenen Frauen- und Männerbildern, die Reflexion gesellschaftlicher Bedingungen und kultureller Differenzen. Eine im Team abgestimmte Arbeit benötigt zudem die Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen im Team, entsprechenden Zielsetzungen, konzeptioneller Verankerung sowie verbindlichen Vereinbarungen. Neben informativen Inputs sind in dieser Fortbildung für Frauen und Männer kreative und spielerische Elemente in der Kleingruppen- und Plenumsarbeit sowie praxisorientierte Einheiten vorgesehen. Termin: 8.11.2012, 9.30-17.00 Uhr

Anmeldung: umgehend

Kosten: 140 EUR

IMMA Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20
kontakt.informationsstelle@imma.de

Lesbische Mädchen – Transgender in der Jugendhilfe!

Lesben, Schwule und Transgendermenschchen haben einiges gemeinsam. Sie lassen sich nicht auf das Rollenbild Mann oder Frau festlegen, sondern leben Alternativen. Diese alternative »Wahl« fällt nicht leicht, nachdem die »Uneindeutigkeit« oder homosexuelle Präferenz deutlich wird. Wie können »Mädchen« in der Coming-out-Phase und bei der Entwicklung eines positiven Selbstbildes unterstützt werden? Wie können sie geschützt werden (z. B. im Jugendhilfe-Setting) oder sich schützen vor homophoben Reaktionen? Welche professionelle Haltung gegenüber Homosexualität und Transgendermenschchen nehme ich ein? In einer Fortbildung für Fachfrauen werden informative Inputs gegeben und es wird einigen Fragestellungen zum Themenkomplex nachgegangen.

Termin: 14.11.2012, 9.30-17.00 Uhr

Anmeldung: bis 14.10.2012

Kosten: 80 EUR

IMMA Kontakt- und Informationsstelle für Mädchenarbeit • Jahnstr. 38 • 80469 München
Tel. 0 89-23 88 91 20
kontakt.informationsstelle@imma.de

Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ... Treffpunkt GEW ...

Diese Treffen finden regelmäßig statt, nicht jedoch in den Ferienzeiten. Die Übersicht wird ständig aktualisiert, entsprechende Hinweise bitte an die DDS-Redaktion: Karin Just, GEW Bayern, Schwanthalerstr. 64, 80336 München ☎ 0 89/51 00 91 02 • 0 89/5 38 94 87 • Karin.Just@gew-bayern.de

Ansbach Pädagogischer Stammtisch in regelmäßigen Abständen, Termine dazu und weitere Informationen: www.gew-ansbach.de
Kontakt: Günther Schmidt-Falck, ☎ 0 98 02/95 31 42

Aschaffenburg/Miltenberg Termine/Themen der Treffen siehe Aktionskalender auf www.gew-aschaffenburg.de
Kontakt: Reinhard Frankl, ☎ 0 60 21/5 84 26 87

Augsburg jeden 1. Schuldonnerstag im Monat offene Vorstandssitzung ab 19.30 Uhr im Augsburger GEW-Büro, Schaezlerstr. 13 1/2
Kontakt: Ulli Bahr, ☎ 08 21/51 45 02 (GEW-Nummer mit AB)

Bad Neustadt Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Wolfgang Büchner, ☎ 0 97 73/82 86

Bad Tölz/Wolfraatshausen Offener Treff jeden 1. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Ratsstuben Geretsried
Kontakt: Andreas Wagner, ☎ 0 81 71/96 56 05

Bamberg Termine/Themen der Treffen siehe: www.gew-oberfranken.de
Kontakt: Ernst Wilhelm, ☎ 09 51/6 78 88

Bayreuth jeden 1. Mittwoch oder 1. Donnerstag (alternierend) im Monat 19.30 Uhr Stammtisch mit Vorstands-Treff, Gaststätte Lochner, Badstraße, BT
Kontakt: Ernst Friedlein, ☎ 0 92 01/5 90, Roland Dörfler, ☎ 09 21/9 26 55

Coburg jeden 2. Mittwoch im Monat, 20.00 Uhr, Da Mario, Sally-Ehrlich-Str.7, Coburg
Kontakt: Karl-Friedrich Schmucker, ☎ 0 95 61/6 22 17, KFSchmucker@gmx.de

Donau-Ries/Dillingen mittwochs nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, wechselnd DGB-Haus Nördlingen oder Posthotel Traube Donauwörth
Kontakt: Hansjörg Schupp, ☎ 0 90 83/4 16, Fax: 0 90 83/9 10 78

Erding Stammtisch jeden dritten Donnerstag des Monats (außer Ferien) 19.30 Uhr beim Wirt in Riedersheim
Kontakt: Peter Caspari, ☎ 0 81 24/92 37, peter.caspari@t-online.de

Erlangen jeden Dienstag Sprechstunden von 17.00 - 18.00 Uhr, Arbeitslosenberatung: Jeden 1. + 3. Mittwoch im Monat, 17.00 - 19.00 Uhr, Friedrichstr. 7
Kontakt: Hannes Henjes, ☎ 0 91 93/17 12, www.gew-erlangen.de

Forchheim jeden 2. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr Vogelgässler, Vogelstr. 16
Kontakt: Andreas Hartmann, ☎ 0 91 91/70 24 32

Fürth jeden Freitag 13.20 Uhr, Gaststätte BAR, Gustavstraße
Kontakt: Gerhard Heydrich, ☎ 09 11/8 01 97 00

Hof monatliche Treffen: Mittwoch 20.00 Uhr, Restaurant China-Garten, Hof, Konkrete Termine bitte anfragen.
Kontakt: Karl-Heinz Edelmann, edekarl@yahoo.de

Ingolstadt erweiterte Vorstandssitzung jeden 3. Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Café/Bistro »Brezels«, Am Paradeplatz, Ingolstadt
Kontakt: L. Peter Thierschmann, ☎ 08 41/98 06 39

Kempten jeden 1. Dienstag im Monat
Kontakt: Doris Lauer, ☎ 08 31/2 79 10

Lindau Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Irene Mathias, ☎ 0 83 82/2 83 09

Main-Spessart Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: Elfriede Jakob-Komianos, ☎ 0 93 52/57 68 oder Wolfgang Tröster, ☎ 0 93 53/81 81

Memmingen/Unterallgäu Termine auf Anfrage
Kontakt: Stefan Kohl, ☎ 0 83 31/6 40 00 09
gew-unterallgaeu@gmx.de

Mittelfranken AK Gewerkschaftlicher Durchblick jeden Dienstag 21.00 Uhr
Kontakt: Geschäftsstelle GEW Mittelfranken ☎ 09 11/6 58 90 10

München Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Joe Lammers, ☎ 0 89/3 08 82 43

München Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Jürgen Pöbnecker, ☎ 0 89/66 80 91

München Fachgruppe Gymnasien Termine auf Anfrage
Kontakt: Andreas Hofmann, andreas.hofmann@gew-bayern.de

München Fachgruppe Hochschule und Forschung Termin: Jeden 3. Montag im Monat, 19.00 - 21.00 Uhr
Kontakt: michael.bayer@gew-muenchen.de

München Fachgruppe Realschulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Heidi und Alexander Lungmus, fam.lungmus@t-online.de

München Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe Termine: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Wolfram Witte, ☎ 0 89/13 46 54

München Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr, DGB-Haus
Programm: www.gew-muenchen.de
Kontakt: Bernd Englmann-Stegner, ☎ 0 89/49 68 81

München Lehramtskampagne an der Universität und GEW-Studierende
Kontakt: gew-la@stuve.uni-muenchen.de

München AK Personalräte und Vertrauensleute monatliche Treffen: Mittwoch 17.00 Uhr, DGB-Haus, Termine auf Anfrage
Kontakt: Hacki Münder, ☎ 0 89/4 48 39 16 und Franz Stapfner, ☎ 0 89/5 80 53 29

München Aktion Butterbrot Treffen im DGB-Haus, Termine: www.aktionbutterbrot.de
Kontakt: aktion-butterbrot@web.de

München Arbeitsgemeinschaft Jugendliteratur und Medien (AJuM) Treffen nach Vereinbarung
Kontakt: daniela.kern@ajum.de, ☎ 01 70/5 43 04 55

München AK »friedliche_Schule und Hochschulen« 1. Schulmontag, 17.00 Uhr, DGB-Haus, Kontakt: StephanLip@web.de

Neumarkt/Oberpfalz Mittwoch nach Vereinbarung, 19.30 Uhr, Plitvice
Kontakt: Sigi Schindler, ☎ 0 91 85/10 91

Neu-Ulm/Günzburg Treffen: monatlich, Termin auf Anfrage Gasthaus Lepple, Vöringen, oder Pizzeria Helfenstein, Ulm
Kontakt: Ulrich Embacher, ☎ 0 73 07/2 33 96

Nürnberg Fachgruppe Berufliche Schulen Termine auf Anfrage
Kontakt: Reinhard Bell, ☎ 09 11/3 18 74 56

Nürnberg Fachgruppe Grund- und Hauptschulen Termine und Infos unter www.gew-nuernberg.de
Kontakt: Werner Reichel, ☎ 09 11/30 14 91

Nürnberg/Fürth FG Sonderpädagogische Berufe Mittelfranken Termine und Infos unter: www.gew-fachgruppe.de.vu
Kontakt: Stephan Stadlbauer, ☎ 09 11/7 36 03 10

Nürnberger Land Termine auf Anfrage
Kontakt: Hermann Hagel, ☎ 0 91 28/72 90 51

Pfaffenhofen jeden 2. Donnerstag im Monat 20.00 Uhr, Griechisches Restaurant Afrodite in Niederscheyern
Kontakt: Norbert Lang-Reck, ☎ 0 84 41/7 11 92

Regensburg jeden 2. Donnerstag im Monat, 20.30 Uhr, Fontana, Gesandtenstr. 18
Kontakt: Peter Poth, ☎ 09 41/56 60 21

Regensburg gemeinsame Studierendengruppe GEW/ver.di alle zwei Wochen dienstags, genaue Termine unter: <http://shk.wie-studieren.de> oder <http://jugend-oberpfalz.verdi.de/studierende/studentengruppe>
Kontakt: Jan Bundesmann, jan.bundesmann@gmx.de

Rosenheim/Kolbermoor jeden 3. Donnerstag im Monat, 19.30 Uhr, Pizzeria Milano/Zum Marais in Kolbermoor
Kontakt: Andreas Salomon, ☎ 0 80 31/9 51 57, www.gew-rosenheim.de

Schweinfurt jeden 2. Dienstag im Monat, 19.00 Uhr
Kontakt: Karl-Heinz Geuß, ☎ 0 97 21/18 69 36

Selb jeden 1. Schulmontag im Monat, 20.00 Uhr, Golden Inn, Bahnhofstraße
Kontakt: Fred Leidenberger, ☎ 0 92 53/12 21

Sulzbach-Rosenberg jeden 3. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr Gaststätte Sperber
Kontakt: Manfred Schwinger, ☎ 0 96 61/77 55

Weiden jeden 1. Schulmontag im Monat, 19.30 Uhr, Postkeller, Leuchtenbergerstr. 66, Weiden, gew_wen-new-tir@gmx.de
Kontakt: Richard Dütsch, ☎ 09 61/6 34 39 34

Weißenburg (Mfr.) jeden 1. Donnerstag im Monat, 19.00 Uhr Casino
Kontakt: Harald Dösel, ☎ 0 91 41/90 10 36

Würzburg jeden 2. Mittwoch (ab 1. Schulmittwoch nach Ferien), 20.00 Uhr, Altdeutsche Weinstube
Kontakt: Walter Feineis, ☎ 09 31/4 03 91

www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de ... www.gew-bayern.de